

UTOPIEKreativ

Diskussion sozialistischer Alternativen

191 · September 2006

*Monatliche Publikation,
herausgegeben von der
Rosa-Luxemburg-Stiftung*

Aus dem Inhalt:

VorSatz 771

Essay

ANDREAS HEYER

Stationen einer Enttäuschung.
Kleists Briefe aus Paris (1801)

773

Spanischer Bürgerkrieg 1936-1939

WALTHER L. BERNECKER

Spanischer Bürgerkrieg und Vergangenheitsbewältigung
Geschichtspolitik und Erinnerungsansprüche
in der Demokratie 1975-2005

779

Gesellschaft – Analyse & Alternativen

SIEGFRIED WENZEL

Sozialismus des 21. Jahrhunderts?

811

VorSatz

Die oberen Zehntausend drängen auf eine definitive Beendigung der Nachkriegszeit. Sechzig Jahre Demut, wenn auch mit fallender Tendenz, waren mehr als genug. So lange hat sich wegen der Kollaboration mit Verbrechern noch keine Elite zivilisiert verhalten müssen. Höchste Zeit für Klartext, am 3. August war es soweit – im ZDF. Die Fragen stellte Claus Kleber.

Claus Kleber: Professor Norbert Walter ist Chefvolkswirt der Deutschen Bank, auch das ein Unternehmen, das in Zeiten steigender Gewinne Jobs gestrichen und Dienstleistungen ausgelagert hat. Professor Walter, wie lang kann sich Deutschland als Volkswirtschaft eine solche Entwicklung noch leisten, wenn den deutschen Produzenten die deutschen Konsumenten weghungern?

Antwort: Die deutschen Konsumenten sollten natürlich auch endlich wieder höhere Einkommen haben. Aber wenn wir das auf eine Weise versuchen, durch die die Lohnkosten in Deutschland steigen, dann wird die Auslagerung von Jobs sich fortsetzen und dann wird das Ziel, höhere Einkommen nachhaltig in Deutschland zu erzielen, nicht erreichbar sein. Um gleichzeitig Kosten in Schach zu halten und Einkommen für Inländer zu erhöhen, gibt's in meinem Urteil nur zwei Methoden. Die eine, die Königsmethode, ist, tüchtiger werden, mehr lernen, produktiver sein. Wenn das aber nicht geht, und das wird kurzfristig sehr sehr schwer sein, dann heißt die Devise: Wir müssen für das gleiche Gehalt mehr arbeiten, und wenn wir mehr verdienen wollen, müssen wir noch eins drauflegen bei der Vermehrung der Arbeitszeit. Und das bedeutet nicht nur Wochenarbeitszeit, das bedeutet auch, daß wir beispielsweise die Lebensarbeitszeit wirklich verlängern müssen. Insofern hat Müntefering recht, daß er in diese Richtung geht.

Frage: Nun kann natürlich ein Arbeitnehmer im Moment sehr schwer verstehen, daß er in der eigenen Tasche spürt, daß das Nettoeinkommen, das reale Nettoeinkommen, eher schrumpft als steigt, und jeden Abend berichtet das »heute journal« in seinen Börsenberichten darüber, daß die Gewinne der Unternehmen Rekordhöhen erreichen. Wie paßt das zusammen?

Antwort: Wenn die deutschen Arbeitnehmer den entscheidenden Beitrag zur Erhöhung der Gewinne der deutschen Unternehmen leisten, dann wird es relativ schwer sein für deutsche Unternehmen, diesen Kurs fortzusetzen. Vielfach – für DAX-Unternehmen insbesondere – sind aber die erhöhten Gewinne Ergebnisse von einerseits der Einbringung von Arbeitskräften aus Tschechien, aus Ungarn, die preis-

wertener sind, und zweitens von großen Erfolgen, großen Absatzerfolgen, die deutsche Unternehmen, kleine, mittlere und große, auf dem internationalen Markt, der dynamischer ist, erzielen. Und aus diesem Grund kann man natürlich das, was man auf anderen Märkten verdient und durch Kostensenkung an anderer Stelle überhaupt erst erwirtschaftet, das kann man nicht zu Hause verteilen, denn sonst würde man das Übel vermehren, nämlich die Arbeitslosigkeit in Deutschland.

Frage: Das scheint die Zwickmühle der Globalisierung zu sein: Die großen Unternehmen können sich aussuchen, in sehr vieler Beziehung inzwischen, wo sie produzieren und arbeiten lassen, der deutsche Arbeitnehmer, die meisten von ihnen, sitzen in Deutschland fest und damit in der Zwickmühle und sehen, wie im Zeitalter der Globalisierung die Jobs sonstwohin gehen. Wie kommen wir da wieder raus?

Antwort: Auch für den einzelnen gilt, daß er die Frage stellen muß, ob er aus dieser Situation entkommen kann, indem er mehr lernt, neue Fähigkeiten, die heute in Deutschland nachgefragt sind, sich erarbeitet, um auf diese Weise seinen Beitrag zu leisten. Und die Deutschen können sehr sehr vieles besser als andere Länder. Wir können vieles systematisch besser angehen als die Mitarbeiter in anderen Ländern. Wir haben eine andere, eine gründlichere Grundausbildung. Das sollten wir öfter ausnutzen. Aber ich würde auch meinen, junge deutsche Arbeitnehmer sollten in der Tat viel öfter, als es bislang gedacht und getan wird, sich der Chance, für eine gewisse Zeit im internationalen Markt, in anderen Ländern, in Nachbarländern und weiter entfernten Ländern, ihre Sporen zu verdienen, denn damit würden sie unsere wirklichen künftigen Kunden und unsere wirklichen künftigen Herausforderer persönlich kennenlernen und für sich einen Erfahrungsgewinn machen, und wahrscheinlich, zwischenzeitlich, auch Einkommen verdienen können.

Frage: Sicher ein guter Rat. Sie kennen aber auch die Vorstände und Aufsichtsräte von innen. Wenn da so besprochen wird, wie die Gewinnentwicklung geht und was man andererseits in den Lohn- und Gehaltsverhandlungen fordern muß von der anderen Seite, ist es dann manchmal auch peinlich?

Antwort: Das kann peinlich sein, es kann aber auch ökonomisch falsch sein. Manches wird über einen Kamm geschoren, was man nicht über einen Kamm scheren kann. In Deutschland sind Qualifizierte heute schon knapp und werden angesichts der demografischen Entwicklung, des Ausscheidens großer qualifizierter Gruppen und des Eintritts nur sehr kleiner qualifizierter Gruppen zu Knappheiten kommen. Und wer als Unternehmer dann solchen knapp werdenden deutschen Arbeitnehmer (im Original: Unternehmer), die qualifiziert sind und mobil sind, keine entsprechenden Löhne zahlt, der wird sich die Augen reiben müssen. Der wird nämlich feststellen, daß diese jungen Menschen dann ins Ausland gehen und daß deutsche Unternehmen in Deutschland genau die Leute, die sie dringend brauchen, nicht haben würden. Also: Der Markt wird es an dieser Stelle nach meiner Einschätzung bald richten, daß Einkommen für diese Gruppe, der jungen Qualifizierten, bald steigt.

Das ist die Sprache der Zukunft. Ob das die Linke schon begriffen hat?

JÖRN SCHÜTRUMPF

ANDREAS HEYER

Stationen einer Enttäuschung

Kleists Briefe aus Paris (1801)

Das Leben des Schriftstellers Heinrich von Kleist, der am 1. Oktober 1777 geboren wurde, zerfällt in zwei Teile.¹ Nach mäßiger Schulbildung trat er 1792, also drei Jahre nach Beginn der Französischen Revolution, der Armee bei; mehrere Stationen und Beförderungen folgten in den nächsten Jahren. Daneben unternahm er immer wieder verschiedene Reisen. 1799 verließ er das Militär und es begann jene Zeit, mit der wir uns in der Folge beschäftigen werden. Es waren Jahre der Unruhe, des Changierens und Tastens, in denen sich der zweite – kurze – Abschnitt seines Lebens bereits ankündigte: Der Versuch, mit den Möglichkeiten der Literatur zu verarbeiten, was kaum zu erkennen war. Dem entspricht, dass die meisten Briefe Kleists, jene Zeugnisse, in denen sich das Private der Existenz vielleicht am deutlichsten offenbart, aus den Jahren 1800 bis 1802 erhalten sind. Gerichtet sind sie vor allem an seine Schwester und an seine Verlobte. Wer sich auf diese Briefe einlässt und sie apperzeptiv liest, kann einen Kleist entdecken, der vor allem von einem Konflikt beherrscht ist: Dem Versuch der Positionierung gegenüber der Gesellschaft – eine Konfrontation, der man sich nicht verweigern/entziehen könne. Es ist das Ringen eines Schriftstellers, der noch kaum eine Zeile geschrieben hat, aber getrieben ist von der Auseinandersetzung mit seiner Zeit, die ihm zutiefst fremd ist. Eines aber war Kleist klar: Die Beantwortung der Frage, was er alles nicht mehr machen will, die Bestimmung des eigenen Ichs ist zumindest in der Negation möglich. Nachdem er die Armee – dem Vernehmen nach endgültig – verlassen hat, stürzte er sich in die Wissenschaften. Mathematik und Philosophie wurden seine Passion. Doch auch hier kam er nicht weiter, stieß an die Grenzen der Wissenschaft, die sich, wie er schreibt, als »Ekel vor Büchern« (S. 203) äußern. Er kann und will nicht mehr lesen. Hinzu trat der »Ekel vor der Einseitigkeit« (S. 251) wissenschaftlichen Arbeitens. Was über 100 Jahre später von Max Weber auf die bekannte Formel des »Fachmenschen ohne Herz« gebracht wurde, ist im Denken Kleists präsent unter dem Stichwort der »zyklopischen Einseitigkeit« (S. 252).

In einem seiner längsten Briefe, gerichtet an Adolfine von Werdeck (die er aus seiner Militärzeit kannte), erkundete Kleist sein Innenleben und erlaubte Einblicke in eben dieses: »Ich möchte so gern in einer rein-menschlichen Bildung fortschreiten, aber das Wissen macht uns weder besser, noch glücklicher. Ja, wenn wir den ganzen Zusammenhang der Dinge einsehen könnten! Aber ist nicht der Anfang und das Ende jeder Wissenschaft in Dunkel gehüllt?

Andreas Heyer – Jg. 1974, Dr. phil., Politikwissenschaftler am Institut für Politikwissenschaft der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Publikationen u. a.: Die Utopie steht links! Ein Essay (Rosa-Luxemburg-Stiftung, Texte 26), Berlin 2006. Zuletzt in UTOPIE kreativ: Maximilien Robespierre. Die Entdeckung der Moderne zwischen Tugend und Terror, Heft 181 (November 2005).

1 Die Werke Kleists liegen in der maßgeblichen Ausgabe im Aufbau-Verlag vor. Herausgegeben von Siegfried Streller, ist die vierte Auflage von 1995 noch greifbar. Der vierte Band enthält den Briefwechsel, aus dem in der Folge im laufenden Text zitiert wird. Eine gute und lesenswerte Biographie bietet Zimmer-

mann, H. D.: Heinrich von Kleist. Eine Biographie, Reinbek 1991, ansonsten ist die Sekundärliteratur fast unüberschaubar.

Oder soll ich alle diese Fähigkeiten und alle diese Kräfte und dieses ganze Leben nur dazu anwenden, eine Insektengattung kennen zu lernen, oder einer Pflanze ihren Platz in der Reihe der Dinge anzuweisen? Ach, mich ekelt vor dieser Einseitigkeit! Ich glaube, dass Newton an dem Busen eines Mädchens nichts anderes sah, als seine krumme Linie, und dass ihm an ihrem Herzen nichts merkwürdig war, als sein Kubikinhalt.« (S. 251) Dieser negativen Zeichnung der Wissenschaften und der Beschreibung, warum er sich nicht mehr mit ihnen zu beschäftigen vermag, lässt sich auf das von Jean-Jacques Rousseau im *Discours sur l'inégalité* bereits 1755 vorgetragene Argument zurückführen, dass die Menschheit ohne Wissenschaften und Künste, und damit ohne den Fortschritt, glücklicher wäre. Und eine weitere Übereinstimmung tritt hinzu. Kleist betonte, dass der Mensch quasi anthropologisch dazu veranlagt sei, sich zu vervollkommen. Das Individuum muss und will sich aufklären, so Kleist apodiktisch, auch wenn der Preis für diese Bildung als Zivilisation die Dekadenz und der Luxus sind. (S. 255) Damit ist jedoch die große Differenz zwischen beiden eindeutig benannt: Der Rousseau-Verehrer Kleist entscheidet sich mit Blick auf den Fortschritt gegen den Franzosen, will oder kann das Paradox zwischen Kultur und Verfall nicht auflösen. Rousseau argumentierte gegen die Wissenschaften und Künste, betrieb sie aber dennoch. Kleist will sich mit ihnen beschäftigen, kann es aber nicht. Es ist in diesem Sinne nicht verfehlt, wenn wir Kleist vor dem Hintergrund der französischen Spielart der Epoche der Aufklärung interpretieren. Nicht zuletzt, da sich in Frankreich selbst in den Jahren der Revolution noch einmal genau die Thematisierung des soeben angerissenen Antagonismus von Natur und Kultur, von Irrationalität und Vernunft voll Bahn brach. Der Comte de Volney schrieb seine *Ruinen*, die Georg Forster ins Deutsche übersetzte; der Marquis de Condorcet setzte auf die Vermessung der Geschichte; das revolutionäre Theater versuchte die Imaginierung einer bürgerlichen Moral; Bernardin de Saint-Pierre beschwor die Natur; der für kurze Zeit aus der Haft entlassene Marquis de Sade kämpfte für den Atheismus; die so genannten Ideologen, deren Geschichte Sergio Moravia rekonstruierte, setzten auf die Weiterführung der Erkenntnistheorie und damit die Erforschung des eigenen »Ichs«. Es ist kaum anzunehmen, dass Kleist diese moderne Entwicklung wahrgenommen hat. Für ihn blieb Rousseau und das durch diesen aufgestellte Natur-Ideal (dessen Facettenreichtum er ebenfalls nicht erkannte oder reflektierte) der Inbegriff »wahrer Moralität«. Ein Akt, der sich in Kleists Kritik der Großstädte und Metropolen manifestierte, hier ganz im Sinne der frühen englischen Romantik.

Am 15. April 1801 verließ Kleist mit Ziel Paris die Stadt Berlin, wo er längere Zeit gelebt hatte. Die Stationen der Reise – unter anderem mit Aufenthalten in Dresden, Leipzig, Halle, Halberstadt, der Brockenbesteigung, Mainz, Rheinfahrt, Heidelberg und Straßburg – sind bekannt. Erwähnenswert ist vor allem, dass er in Halberstadt mit Johann Wilhelm Ludwig Gleim zusammentraf. Und sowohl bei der Beschreibung des Besuchs bei Gleim als auch der Rheingegenden verdeutlicht sich, dass Kleist tatsächlich als Rousseauist angesehen werden kann: ist er doch nicht nur immer wieder überwältigt

von der Natur und der Einsamkeit, vielmehr findet sich darüber hinaus bei ihm eine Ächtung des Krieges ebenso wie er sich bewusst ist, dass er in der französischen Hauptstadt nicht eine glückliche Nation finden wird, sondern das Paris der Laster und Ausschweifungen (S. 230), wie es neben Rousseau vor allem Louis-Sébastien Mercier, Denis Diderot und Rétif de la Bretonne beschrieben haben. Und wo das Laster zu Hause ist, da schweigt nach Kleist (und Rousseau) das Herz. An die Gattin des Malers Heinrich Lohse, Karoline von Schlieben, schrieb Kleist am 18. Juli 1801 in diesem Sinne: »Ach, es muss öde und leer und traurig sein, später zu sterben, als das Herz. Aber noch lebt es – Zwar hier in Paris ist es so gut, als tot. Wenn ich das Fenster öffne, so sehe ich nichts, als die blasse, matte, fade Stadt mit ihren hohen, grauen Schieferdächern und ihren ungestalteten Schornsteinen, ein wenig von den Spitzen der Tuilerien, und lauter Menschen, die man vergisst, wenn sie um die Ecke sind. Noch kenne ich wenige von ihnen, ich liebe noch keinen, und weiß nicht, ob ich einen lieben werde. Denn in den Hauptstädten sind die Menschen zu gewitzigt, um offen, zu zierlich, um wahr zu sein. Schauspieler sind sie, die einander wechselseitig betrügen, und dabei tun, als ob sie es nicht merken. Man geht kalt aneinander vorüber; man windet sich in den Straßen durch einen Haufen von Menschen, denen nichts gleichgültiger ist, als ihresgleichen; ehe man eine Entscheidung gefasst hat, ist sie von zehn anderen verdrängt; dabei knüpft man sich an keinen, keiner knüpft sich an uns; man grüßt einander höflich, aber das Herz ist hier so unbrauchbar, wie eine Lunge unter der luftleeren Campagne, und wenn einmal ein Gefühl entschlüpft, so verhallt es, wie ein Flötenton im Orkan.« (S. 232)

Was Kleist an dieser Stelle als rousseauistische Kritik an den Großstädten am Beispiel Paris ausführt, findet sich bereits bei der Beschreibung von Berlin – als Ort der Dekadenz und oberflächlichen Vergnügungen bei permanenter Vertiefung des Lasters. Kleist weilte nach den angesprochenen Reisesationen vom 6. Juli bis ca. Ende November 1801 in Paris. Wie sah die Stadt, die er besuchte, aus? Einerseits waren seit Napoleons Staatsstreich die Metropole und auch die Revolution zur Ruhe gekommen, die täglichen Grabenkämpfe vorüber. Dafür befand sich Frankreich jedoch inmitten der weiteren Militarisierung der Außenpolitik, Napoleon errichtete das Königtum und damit die Despotie neu, wie viele der Beobachter ausführten, so etwa Johann Friedrich Reichardt in seinem Bericht *Vertraute Briefe aus Paris* (1802/03). Gerade in Paris war zu spüren, dass mit der Revolution auch die Energie der Bevölkerung ermattet war. Die Aufklärung, so fragt Kleist, hat es sie wirklich ergeben, wenn man diese Stadt und dieses Land betrachtet? Bereits der Verschwörer Gracchus Babeuf hatte in der Mitte der Revolution genau diese Müdigkeit der Masse festgestellt und aus ihr die radikale Konsequenz abgeleitet, dass eine kleine Elite das Recht habe, im Namen der Vernunft die Forderungen des allgemeinen Willens – der *volonté générale* – mittels gewaltsamer Aktivitäten zu exekutieren. In einem Brief wehrt sich Kleist dagegen, dass er um seinen Aufenthalt in Paris zu beneiden sei. »Wenn sie mir folgen wollen, so will ich Ihren Geist in die Nähe der Kulissen führen, die aus der Ferne betrachtet, so reizend scheinen. Aber erschrecken müssen Sie nicht, wenn sie die Gestal-

Auf dem »Ersten Internationalen Schriftstellerkongress zur Verteidigung der Kultur«, abgehalten im Juni 1935 in Paris, hat Anna Seghers Kleist als einen derjenigen Schriftsteller interpretiert, die eine emanzipatorische Überwindung der Grenzen ihrer Zeit versuchten. Sie setzte die Generation der Romantik gegen den Hitlerfaschismus, die Kultur gegen die Barbarei. Ihre Anmerkungen können daher hier kurz wiedergegeben werden: »Bedenkt die erstaunliche Reihe der jungen, nach wenigen übermäßigen Anstrengungen ausgeschiedenen deutschen Schriftsteller. Keine Außenseiter und keine schwächelnden Klügler gehören in diese Reihe, sondern die Besten: Hölderlin, gestorben im Wahnsinn, Georg Büchner, gestorben durch Gehirnerkrankheit im Exil, Karoline Günderode, gestorben durch Selbstmord, Kleist durch Selbstmord, Lenz und Bürger im Wahnsinn. Das war in Frankreich die Zeit Stendhals und Balzacs. Diese deutschen Dichter schrieben Hymnen auf ihr Land, an dessen gesellschaftlicher Mauer sie ihre Stirnen wundrieben. Sie liebten gleichwohl ihr Land. Sie wussten nicht, dass das, was an ihrem Land geliebt wird, ihre unaufhörlichen, von den Zeitgenossen kaum gehörten Schläge gegen die Mauer waren. Durch diese Schläge sind sie für immer die Repräsentanten ihres Vaterlandes geworden. Entziehen wir die wirklichen nationalen Kulturgüter ihren vorgeblichen Sachverwaltern.« (Quelle: Paris 1935. Erster Internationaler Schriftstellerkongress zur Verteidigung der Kultur, hrsg. von Wolfgang Klein,

Berlin 1982, hier S. 280 f.) Und Max Brod, der Freund Franz Kafkas, führte aus: »Es ist heute Mode geworden, und zwar nicht nur in Deutschland, sondern seltsamerweise auch außerhalb, in der edlen deutschen Romantik, die sich stellenweise mit unserer Klassik überdeckte, also in der Romantik der Goethezeit, in Kleist, Hölderlin, Novalis, eine Art Vorläufertum des heutigen Nationalsozialismus zu sehen. Das ist im Sachlichen, das ich hier nicht ausführen kann, ganz falsch. (...) Man soll dem, was heute in Deutschland geschieht, nicht einen adligen Stammbaum des Geistes verschaffen, indem man es in Zusammenhang bringt mit jener alten deutschen Romantik.« (Quelle: ebenda, S. 142 f.)

ten ein wenig mit Farbe überladen und ein wenig grob gezeichnet finden. Denken Sie sich in der Mitte zwischen drei Hügeln, auf einem Flächenraum von ohngefähr einer Quadratmeile, einen Haufen von übereinandergeschobenen Häusern, welche schmal in die Höhe wachsen, gleichsam den Boden zu vervielfachen, denken sie sich alle diese Häuser durchgängig von jener blassen, matten Modefarbe, welche man weder gelb noch grau nennen kann, und unter ihnen einige schöne, edle, aber einzeln in der Stadt verstreut, denken Sie sich enge, krumme, stinkende Straßen, in welchen oft an einem Tage Kot mit Staub und Staub mit Kot abwechseln, denken sie sich endlich einen Strom, der, wie mancher fremde Jüngling, rein und klar in diese Stadt tritt, aber schmutzig und mit tausend Unrat geschwängert, sie verlässt, und der in fast grader Linie sie durchschneidet, als wollte er den ekelhaften Ort, in welchen er sich verirrt, schnell auf dem kürzesten Wege durcheilen – denken Sie sich alle diese Züge in einem Bilde, und sie haben ohngefähr das Bild von einer Stadt, deren Aufenthalt Ihnen so reizend scheint. Verrat, Mord und Diebstahl sind hier ganz unbedeutende Laster, deren Nachricht niemanden affiziert.« (S. 258 f.)

Der Ruhm der Stadt Paris verblasst für den Besucher. Ja, es entsteht sogar der Eindruck, dass er so nie existiert habe, eine Chimäre, erfunden für die Hoffnung der Menschheit. Paris, das ist nach Kleist ein großes Gemälde, auf welches die bedeutendsten Maler und Dichter ihre Bilder aufgetragen haben, aber die Farbe beginnt abzubrockeln. Und wenn man ganz nah vor dem Gemälde steht, dann sieht man die Details und nicht mehr die große Imagination. Man muss, wie Kleist empfiehlt, hinter die Kulissen schauen, um den wahren Charakter einer Sache zu erkennen. Es ist noch einmal das Erbe der Aufklärung, dass uns hier der Zweifel als Grundlage des Denkens von Kleist gegenübertritt. Die Theorie des exakten Beobachtens, um so Detail und Ganzes gleichermaßen in den Blick zu bekommen, stammt von Denis Diderot und Georg Forster, die sie unabhängig voneinander entwickelt, beschrieben und angewendet haben. In seinen *Ansichten vom Niederrhein* hat der wahrscheinlich bekannteste deutsche Revolutionär, der Weltreisende Georg Forster, den Besuch der Stadt Amsterdam niedergeschrieben. Hier begab er sich in den Hafen der prosperierenden Handels- und Weltstadt, der Metropole des bürgerlichen Geistes. Er sah das Treiben all der Teilnehmer der Marktgesellschaft, ein Schauspiel, das an einen Ameisenhaufen erinnert, wobei freilich in Amsterdam erst das Chaos, das Durcheinander und Gegeneinander den »Fortschritt« der sich ausbildenden kapitalistischen Welt bedingt. Paris aber war, Kleist zufolge, metaphorisch anders besetzt: Die revolutionäre »Hauptstadt der Menschheit« war zwar, das wissen wir heute, ebenfalls Teil der Herausbildung unserer Moderne, allerdings direkt gegen den Geist der Akkumulation gerichtet. Zumindest in ihren herausragenden Protagonisten: Robespierre, Babeuf, Saint-Just, Darnton und anderen mehr. Davon ist während Kleists Besuch freilich nichts mehr zu sehen. Mord, Dreck, Vernichtung, Diebstahl und Laster prägen ihm zufolge für den Fremden, der den Louvre verlässt, das Bild der Stadt (S. 259).

Umso überraschender ist es, dass wir Kleist in Begleitung Wilhelm von Humboldts, der sich ebenfalls in Paris aufhielt, zu Gast

beim Grafen Gustav von Schlabrendorf finden. Schlabrendorf war 1790 nach Paris gekommen und hatte alle Phasen der Revolution miterlebt. Er war auch 1801 noch den Idealen der Revolution verpflichtet, jener Aufbruchstimmung, die tausende von deutschen Revolutionstouristen nach Frankreich zog. Schlabrendorf war gleichsam der geronnene und konservierte Zeitgeist dieser Jahre, hatte ihn gegen Ludwig XVI. ebenso verteidigt wie gegen die Hochphase des jakobinischen Terreur und zum Schluss gegen Napoleon Bonaparte. Neben Konrad Engelbert Oelsner war er der letzte große deutsche Revolutionär in Frankreich, wovon auch sein Buch *Napoleon Bonaparte und das französische Volk unter seinem Konsulat*, bekannt als *Anti-Napoleon*, zeugt, das in überarbeiteter Fassung von Johann Friedrich Reichardt 1804 herausgegeben wurde. Kleist und Schlabrendorf diskutierten viel über die französische Revolution, die letzterer ja miterlebt hatte und die für Kleist eher ein Ereignis der Jugend und der Ferne gewesen war. Beteiligt war an diesen Diskussionen wahrscheinlich auch Wilhelm von Humboldt, der Kleist bei Schlabrendorf einführte, den Kleist in seinen Briefen aber mit dessen Bruder Alexander verwechselt, was darauf schließen lässt, dass ihr Kontakt so eng nicht war (S. 235). Einig sind sich Kleist und Schlabrendorf vor allem in der Wertschätzung von Rousseau und Montesquieu. Und ein Weiteres stellt Gemeinsamkeit her: Der Hass auf Napoleon. Schlabrendorf wurde durch ihn zu seinem Buch veranlasst und Kleist trieb diese Kritik an Napoleon 1804 noch einmal nach Paris, wo er vermutlich als Kurier jakobinischer Gegner Napoleons verschiedene geheime Aufträge erledigte. Wahrscheinlich geht diese Tätigkeit auf seine 1803 erfolgte Bekanntschaft mit Georg Wedekind zurück, den er in Mainz getroffen hatte.

Doch trotz dieser Gemeinsamkeiten färbt Schlabrendorfs Revolutionsbegeisterung nicht auf Kleist ab. Prägend bleibt für ihn der Besuch des Freiheitsfestes in Paris am 14. Juli. Bereits hier, kurz nach seinem Eintreffen in Paris, hatte Kleist seine eigentliche Enttäuschung erfahren: als er merkte, dass der revolutionäre Geist dem römischen Motto von Brot und Spielen gewichen war. Der 14. Juli war der Tag des Sturmes auf die Bastille und als solcher mehr als jedes andere Ereignis der Französischen Revolution Ausdruck des Freiheitswillens der Bevölkerung. Und er war darüber hinaus der politische Akt der »kleinen Leute«, war Teil der »Revolution von unten«. Geblieben ist von der Freiheit nach Kleist nichts, sie ist verschwunden hinter den großen Arrangements der Feuerwerke, die mit dem Licht der Aufklärung nichts gemein haben. Ein Zitat kann Kleists Argumentation verdeutlichen. »Ich habe dem 14. Juli, dem Jahrestag der Zerstörung der Bastille beigewohnt, an welchem zugleich das Fest der wiedererrungenen Freiheit und das Friedensfest gefeiert ward. Wie solche Tage würdig begangen werden könnten, weiß ich nicht bestimmt; doch dies weiß ich, dass sie fast nicht unwürdiger begangen werden können, als dieser. Nicht als ob es an Obelisken und Triumphbogen und Dekorationen, und Illuminationen, und Feuerwerken und Luftbällen und Kanonaden gefehlt hätte, – behüte. Aber keine von allen Anstalten erinnerte an die Hauptgedanken, die Absicht, den Geist des Volkes durch eine bis zum Ekel gehäufte Menge von Vergnügen zu zerstreuen, war überall herrschend, und wenn die Regie-

rung einem Manne von Ehre hätte zumuten wollen, durch die *mâts de cocagne*, und die *jeux de carousels*, und die *théâtres forains* und die *escamoteurs*, und die *danseurs de corde* mit Heiligkeit an die Göttergaben Freiheit und Frieden erinnert zu werden, so wäre dies beleidigender, als ein Faustschlag in sein Antlitz. Rousseau ist immer das 4. Wort der Franzosen; und wie würde er sich schämen, wenn man ihm sagte, dass dies sein Werk sei?» (S. 235)

Es war Kleist zufolge die Aufklärung, die einst die Ideale der französischen Revolution beschwor, denen er sich über Rousseau verpflichtet fühlt. Doch das Paris nach Napoleons Machtergreifung hat mit diesen Bildern nichts mehr zu tun. Wo Schlabrendorf Anhänger der Revolution bleibt, da er sie in allen ihren Phasen beobachtete, kann sich Kleist nur noch abwenden. Nicht die Revolution erhält er aufrecht, sondern in ihm reift nun eine Idee, wie er sein Lebensglück abseits der dekadenten Großstadt verwirklichen könne. Die Ideale »Freiheit und Frieden«, von denen auch Kleist spricht, sind für ihn im Gegensatz zu Schlabrendorf nicht mehr für ein Volk als Ganzes zu erringen. Nur das einzelne Individuum kann sie für sich als Richtschnur seines Handelns anerkennen. Die Revolution wird zum Akt solitärer Verwirklichung, gleichzeitig aber auch – das ist die nicht zu unterschlagende Kehrseite – zum Abschied der Verantwortung des Intellektuellen. Kleist fasst den Plan, in der Schweiz einen Bauernhof zu errichten. Dazu kommt es nicht, aber er fährt mit dem Maler Heinrich Lohse nach Basel und Bern, zahlreiche weitere Reisen folgen. Die ambivalente Stellung Kleists zur Revolution und sein damit eng verbundener Versuch der eigenen Positionierung gegenüber der Gesellschaft bleiben die zentralen Konflikte seines Lebens. Aber er findet nach der Abreise aus Paris Zeit zum Schreiben, in knapp 10 Jahren entstehen jene literarischen Werke, mit denen wir seinen Namen noch heute verbinden. Die zweite Hälfte seines Lebens hat begonnen. Aber er hat nicht zu sich selbst gefunden, konnte auch in der Privatheit keine innere Stabilität finden: Am 21. November 1811 schließlich mündet die Zerrissenheit Kleists in einen letzten Akt der Auflehnung gegen die Normen der Gesellschaft: Er erschießt zuerst seine Freundin Henriette Vogel und danach sich selbst. Am Tag zuvor hatte er sich von seiner Bekannten Sophie Müller – die Frau Adam Müllers – verabschiedet: »Leben Sie wohl, unsere liebe, liebe Freundin, und seien Sie auf Erden, wie es gar wohl möglich ist, recht glücklich! Wir, unsererseits, wollen nichts von den Freuden dieser Welt wissen und träumen lauter himmlische Fluren und Sonnen, in deren Schimmer wir, mit langen Flügeln an den Schultern, umherwandeln werden.« (494) Und Henriette Vogel ergänzte: »Lebt wohl denn! Ihr, meine lieben Freunde, und erinnert Euch in Freud und Leid der zwei wunderlichen Menschen, die bald ihre große Entdeckungreise antreten werden.« (494).

WALTHER L. BERNECKER

Spanischer Bürgerkrieg und Vergangenheitsbewältigung

Geschichtspolitik und Erinnerungsansprüche in der Demokratie 1975-2005

Im öffentlichen Umgang mit Vergangenheit erfreuen sich Begriffe wie »Erinnerung« und »Erinnerungskulturen« seit einigen Jahren außerordentlicher Popularität. In zahlreichen Debatten wird – auf nationaler wie auf internationaler Ebene – um Erinnerungen und Erinnerungskulturen gestritten. Dabei haben Erinnerungen keineswegs nur eine individuelle, sondern – so läßt sich im Anschluß an Maurice Halbwachs und Jan Assmann sagen¹ – vor allem auch eine soziale Funktion. Sie sind gruppenbezogen, können Gruppen prägen und zur Gemeinschaft machen, kurzum: sie können Identitäten stiften. Und genau diese gesellschaftspolitische Dimension läßt sie zum Gegenstand der Geschichtswissenschaft werden. Die unter dem Begriff der Erinnerungskultur subsumierten Phänomene sind allerdings derart vielfältig, daß es sich lohnt, nach Akteuren, Formen und Funktionen zu differenzieren. Zu unterscheiden ist etwa zwischen dem instrumentellen Gebrauch von Vergangenheit im Sinne der »Geschichtspolitik«, der oftmals im Dienste konkreter politischer Interessen steht, und einem auf Überwindung historischer Erblasten durch rechtliche und justizielle Maßnahmen abzielenden Umgang mit Vergangenem, für den sich der Begriff der »Vergangenheitspolitik« eingebürgert hat. Eine dritte Dimension betrifft schließlich die kollektiven Erinnerungen, die oftmals den Zielpunkt von Geschichts- und Vergangenheitspolitiken darstellen, von diesen jedoch niemals vollständig kontrolliert werden können.²

Der folgende Beitrag beschäftigt sich unter diesen drei Gesichtspunkten mit dem spanischen Fall. Dieser Fall unterscheidet sich in mehrfacher Hinsicht von anderen europäischen Beispielen: Der Krieg, der den Kernbestand der hier behandelten Erinnerungskultur darstellt, war in erster Linie ein Bürgerkrieg. Er wurde zwar von Anfang an internationalisiert, in seinem Ursprung und seiner historischen Bedeutung war er aber ein primär innerspanischer Konflikt. Dies ist bei jeder Betrachtung des Spanischen Bürgerkriegs (1936-1939) zu berücksichtigen. Auf den Krieg folgte sodann kein politisches System, das die Aufarbeitung dieses Krieges ermöglicht oder gar gefördert hätte. Ganz im Gegenteil: Es folgte eine jahrzehntelange Diktatur (1939-1975), die eine brutale Repression ausübte und nur eine höchst einseitige Beschäftigung mit dem Krieg zuließ. Toleriert wurde ausschließlich die Perspektive der Sieger. Als schließlich, nach dem Tod des Diktators (1975) und dem allmählichen Übergang in die Demokratie, die Sicht der Unterlegenen zum Tragen kommen konnte, ging die Erinnerung an den Krieg einher mit der Erinnerung an Diktatur

Walther L. Bernecker – Jg. 1947, Prof. Dr., Historiker, Lehrstuhl für Auslandswissenschaft an der Universität Nürnberg-Erlangen; neuere Veröffentlichungen: Spaniens Geschichte seit dem Bürgerkrieg, München (3. Auflage) 1997, Krieg in Spanien 1936 – 1939, Darmstadt (2. Auflage) 2005, spanische Ausgabe 2006, zusammen mit Sören Brinkmann: Kampf der Erinnerungen. Der Spanische Bürgerkrieg in Politik und Gesellschaft 1936 – 2006, Nettersheim: Verlag Graswurzelrevolution 2006.

1 Vgl. Jan Assmann: Das kulturelle Gedächtnis. Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen, München 1997, S. 34 ff.; Maurice Halbwachs: Das Gedächtnis und seine sozialen Bedin-

gungen, Frankfurt am Main 1985.

2 Vgl. Julia Macher: *Verdrängung um der Versöhnung willen?*, Bonn 2002, S. 8 f.

und Unterdrückung. Diese Aspekte ließen und lassen sich nicht trennen.

Bestimmte politisch-kulturelle Kontexte scheinen geradezu »Erinnerungsschübe« zu bewirken. Im spanischen Fall ist dies ganz offensichtlich. Denn während in der Phase der Transition – aus weiter unten näher zu erläuternden Gründen – die Erinnerungskulturen eher ein Schattendasein führten, erfolgte um die Jahrtausendwende, während der zweiten Legislaturperiode der konservativen Regierung des *Partido Popular*, ein Erinnerungsschub, der – bis heute – eine außergewöhnliche Beschleunigung in der Verarbeitung von Krieg und Diktatur zur Folge hatte. Wie Krieg und Franquismus erinnert werden sollten, bewegte plötzlich – viel mehr als in den zwei vorhergehenden Jahrzehnten – die Öffentlichkeit.

In Spanien gibt es Platz für viele Erinnerungen – sowohl seitens der Sieger als auch der Besiegten. Diesen Platz gilt es zu füllen, und die neueste Erinnerungsoffensive trägt dem Rechnung. Sie ist im eigentlichen Sinn keine Spätfolge von Verdrängung und dem viel zitierten »Schweigepakt« der Transition, sondern Teil jenes Gedächtnisbooms, der seit einigen Jahren zu beobachten ist. Sie folgt den spezifischen politischen Konjunkturen dieses Gedächtnisses, das sich schwerpunktmäßig mit den Opfern auf der republikanischen Seite beschäftigt.

Ein Blick zurück: Franco-Regime und Erinnerungspolitik

Bevor im folgenden auf die Geschichtspolitik und die Erinnerungsansprüche in der spanischen Demokratie (1975-2005) eingegangen wird, soll einleitend kurz die Erinnerungsgeschichte des Bürgerkriegs in den knapp vierzig Jahren franquistischer Diktatur angesprochen werden, die oftmals eher einer Geschichte ihrer politischen Instrumentalisierung glich. Vergangenheit ist schon immer für politische Zwecke der Gegenwart in die Pflicht genommen worden. Erinnerung und die öffentliche Inszenierung von Erinnerung waren und sind somit eminent politisch. Die vollständige Niederlage der Republikaner 1939 führte zu einer ebenso totalen erinnerungspolitischen Neuorientierung. Traditionspflege hatte fortan aus der Sicht der Sieger zu erfolgen.

Erinnerungspolitik betrieben die Franquisten vom ersten Tag des Bürgerkrieges an. Sie bemächtigten sich sofort des öffentlichen Raums, eliminierten demokratische Symbole, änderten Straßen- und Ortsnamen, richteten Feierlichkeiten und Kundgebungen aus. Sie unternahmen vielfältige Anstrengungen, um durch symbolische Politik ihre Herrschaft zu legitimieren und das entstehende Regime zu stabilisieren. Von Anfang an und dann während der gesamten Franco-Ära versuchte das Regime durch *damnatio historiae*, jegliche historische Erinnerung, die sich nicht in die Tradition des Aufstandes vom 17./18. Juli 1936 einreihen ließ, auszuschalten: physisch durch Ermordung aller exponierten Kräfte der republikanischen Seite, politisch durch kompromißlose Machtaufteilung unter den Siegern, intellektuell durch Zensur und Verbote, propagandistisch durch einseitige Indoktrinierungen, kulturell durch Eliminierung der Symbole jenes angeblichen »Anti-Spanien«, das in zermürbender Langsamkeit drei Jahre lang bis zur bedingungslosen Kapitulation bekämpft worden war. Es ging den Siegern immer darum – mal direkt

und brutal, mal vermittelt und subtil -, ihre Herrschaft in die Tradition einer weit zurückreichenden, glorreichen Vergangenheit einzuordnen und sich selbst in der historischen Kontinuität imperialer Großmacht-politik zu präsentieren.³

Die Erinnerungspolitik umfaßte Zeit und Raum gleichermaßen. Was die Zeit betrifft, begann das »nationale« Lager sogar eine neue Zeitrechnung: 1936 hieß »Erstes Triumphjahr« (*Primer Año Triunfal*), 1939 »Siegesjahr« (*Año de la Victoria*). Im übrigen wurde ausführlich aus der Geschichte geschöpft, vor allem aus den Epochen, die als die Glanzzeit Spaniens gedeutet wurden: das ausgehende 15. Jahrhundert unter der Herrschaft der Katholischen Könige, sodann das imperiale 16. Jahrhundert mit Karl V. und Philipp II. als dominierenden Monarchen. Die folgenden Jahrhunderte der Dekadenz, vor allem auch das 19. Jahrhundert als Zeitalter des negativ gedeuteten Liberalismus, wurden weitgehend ausgeblendet.

Was den Raum betrifft, so ergriffen die neuen Machthaber von der Topographie symbolisch Besitz, indem die Namen von Orten, Straßen, Gebäuden, Institutionen geändert und mit neuen historisch-politischen Assoziationen versehen wurden. Der traditionelle Dom der Schutzheiligen Spaniens, der Virgen del Pilar in Zaragoza, wurde zum »Heiligtum der Rasse«; die meisten Hauptstraßen erhielten die Namen *Avenida del Generalísimo* oder *Avenida de José Antonio Primo de Rivera*. Bei der Ritualisierung der politischen Erinnerung spielte die Kirche viele Jahre hindurch eine wichtige Rolle.

Die franquistische Erinnerungspolitik diente einem einzigen Zweck: das eigene Regime zu legitimieren, es als quasi selbstverständliche Konsequenz der Entwicklung in der Tradition der glorreichen spanischen Geschichte zu verankern, zugleich die Erinnerung an die Gegenseite – die Liberalen und die Demokraten, Sozialisten und Kommunisten, Freimaurer und Juden ... – auszulöschen.

Die Verdrängung der Geschichtserinnerung

Nach dem Ende der Franco-Ära konnte das Land erstaunlich schnell den Übergang in die Demokratie bewältigen. Während des Franquismus und danach war der Bürgerkrieg im politischen und historischen Diskurs stets obligater Bezugspunkt; kaum jemand versäumte es, auf den Ursprung des Franco-Regimes im Krieg hinzuweisen. Und der nach 1975 einsetzende Boom an Bürgerkriegsliteratur entsprach einem verbreiteten Bedürfnis in weiten Bevölkerungskreisen nach Information und Aufklärung, nachdem in den Jahrzehnten zuvor die Geschichtsschreibung vielfach zur Legitimation des Siegerregimes instrumentalisiert worden war.⁴

Es stand zu erwarten, daß im demokratischen Spanien an den Jahrestagen des Bürgerkrieges verstärkte Aktivitäten stattfinden würden, um dem Informations- und Aufklärungsbedürfnis der Bürger nachzukommen. Die Jahrestage 1976/1979 fielen allerdings voll in die politisch aufgewühlte Transitionsphase; sowohl die Politiker als auch die Zivilgesellschaft mußten all ihre Energien auf die Bewältigung des Übergangs von der Diktatur in die Demokratie konzentrieren. Als diese Gratwanderung erfolgreich abgeschlossen war und seit 1982 die Sozialistische Partei unangefochten regierte, bot der Jahrestag 1986 zum ersten Mal im redemokratisierten Spanien die Gelegenheit, ohne

3 Vgl. hierzu Walther L. Bernecker, Sören Brinkmann: Kampf der Erinnerungen. Der Spanische Bürgerkrieg in Politik und Gesellschaft 1936-2006, Nettersheim 2006, S. 151-227.

4 Zur Transition vgl. Walther L. Bernecker: Spaniens Geschichte seit dem Bürgerkrieg, München 1997, S. 213-232.

staatlich verordnete ideologische Vorgaben des Bürgerkriegsbeginns vor 50 Jahren zu gedenken. Zweifellos gab es 1986 auch öffentliche Veranstaltungen, die an den Bürgerkriegsbeginn erinnerten (während der Jahrestag des Kriegsendes 1989 praktisch unbeachtet verstrich); aber gemessen an der überragenden Bedeutung, die dieser Krieg für das Spanien der Gegenwart hat, hielten sich die Rückblicke eher in Grenzen. Die meisten Veranstaltungen waren ohnehin in die eher »entschärfte« Domäne der Historiker übergegangen. Denn darin waren sich nahezu alle politisch und wissenschaftlich Verantwortlichen einig: Keine erneuten Rechtfertigungen, sondern Erklärungen waren gefragt; nicht die Opas, die den Krieg geführt hatten, sondern die jungen Akademiker, die ihn nur über Quellen und Literatur kannten, waren die Protagonisten der Veranstaltungen. Und auf diesen selbst wurde immer wieder mahnend dazu aufgefordert, »objektiv« und »historisch distanziert« zu argumentieren, da man doch über ein längst vergangenes Ereignis spreche, das seit langem schon Teil der »Geschichte« sei.

Ergebnis dieser Tagungen und Kongresse waren mehrere Sammelbände, die ein weitgehend ausgewogenes Bild des Bürgerkrieges präsentierten; verbreitete historische Zeitschriften (etwa *Historia 16*) und Tageszeitungen mit hohen Auflagen (*El País* u. a.) brachten vielfältige Bürgerkriegsbeiträge.⁵ Im Gegensatz zu diesen historiographischen Beiträgen ließ sich das »offizielle« Spanien so gut wie nicht vernehmen. Im Juni 1986, wenige Wochen vor dem eigentlichen Jahrestag des Bürgerkriegsbeginns, standen Parlamentswahlen auf der politischen Tagesordnung, bei denen es für die regierende Sozialistische Partei um den Erhalt ihrer absoluten Mehrheit ging, und in dieser politisch heiklen Situation durften Wähler der Mitte und der gemäßigten Rechten nicht verunsichert oder gar verschreckt werden, indem öffentlich und über Massenmedien auf die Spaltung der spanischen Gesellschaft in den dreißiger Jahren hingewiesen wurde. Damals war ja die Sozialistische Partei eindeutig auf dem linken Spektrum des politischen Lebens angesiedelt gewesen.

Die einzige Verlautbarung aus dem Moncloa-Palast – Ministerpräsident Felipe González verkündete sie als Regierungschef aller Spanier, nicht als Generalsekretär der Sozialistischen Partei – besagte, der Bürgerkrieg sei »kein Ereignis, dessen man gedenken sollte, auch wenn er für die, die ihn erlebten und erlitten, eine entscheidende Episode in ihrem Leben darstellte«. Inzwischen sei der Krieg jedoch »endgültig Geschichte, Teil der Erinnerung und der kollektiven Erfahrung der Spanier«; er sei »nicht mehr lebendig und präsent in der Realität eines Landes, dessen moralisches Gewissen letztlich auf den Prinzipien der Freiheit und der Toleranz basiert«.⁶

Sicherlich sind derartige Äußerungen in Zusammenhang mit dem demokratischen Neuaufbau nach 1975 und dem Schlüsselwort beim Abbau der Diktatur zu sehen: *consenso*, Zusammenwirken aller. Die traumatische Erfahrung von Bürgerkrieg, brutalster Gewaltausübung und gesellschaftlicher Spaltung dürfte unausgesprochen den Hintergrund vieler Haltungen und Maßnahmen in der Übergangsphase zur Demokratie gebildet haben: für die Akzeptierung der Monarchie durch die republikanischen Sozialisten, für die gemäßigten Positionen der Kommunisten, für das Zusammenwirken aller politischen Kräfte bei der Ausarbeitung der neuen Verfassung. Die neue Demokratie

5 Vgl. etwa die monographischen Sondernummern zum Spanischen Bürgerkrieg folgender Zeitschriften: *Cuenta y Razón* Nr. 21, Sept.–Dez. 1985; *Arbor* Nr. 491/492, 1986; *Studia Historica* Nr. 4, Bd. III, 1985; *Letras de Deusto*, Bd. 16, Nr. 35, Mai–Aug. 1986; *Aportes* Nr. 8, Juni 1988; als Tagungsbände vgl. Universität de València, Facultad de Geografía i Història: *Estudis d'Història Contemporània del País Valencià*, Valencia o. J.; Julio Aróstegui (Hg.): *Historia y Memoria de la Guerra Civil. Encuentro en Castilla y León*. 3 Bde., Valladolid 1988; als Sammelbände vgl. Manuel Tuñón de Lara u. a.: *Der Spanische Bürgerkrieg. Eine Bestandsaufnahme*, Frankfurt a. M. 1987; Ramón Tamames: *La guerra civil española. Una reflexión moral 50 años después*, Barcelona 1986.

6 »Una guerra civil no es un acontecimiento conmemorable«, afirma el Gobierno, in: *El País*, 18. Juli 1986, S. 17.

sollte nicht von einem Teil gegen den Willen des anderen, sondern möglichst unter Mitwirkung aller politischen Lager aufgebaut werden. Voraussetzung hierfür aber war die Wiederversöhnung aller ehemals verfeindeten Lager. Nicht alte, noch ausstehende Rechnungen sollten beglichen, sondern ein endgültiger Schlußstrich unter die Kämpfe und Feindschaften der Vergangenheit gezogen werden. Dieser Wunsch nach Aussöhnung und die Angst davor, alt-neue, nicht verheilte Wunden wieder aufzureißen, mögen die regierenden Sozialisten – die zu den Hauptverlierern des Bürgerkrieges gehörten! – mitbewogen haben, den Jahrestag 1986 offiziell nicht zur Kenntnis zu nehmen, ja: zu verdrängen, und außerdem politisches Verständnis für die ehemals »andere« Seite zu zeigen. Weiter heißt es nämlich in der Moncloa-Erklärung, die Regierung wolle »die Erinnerung an all jene ehren und hochhalten, die jederzeit mit ihrer Anstrengung – und viele mit ihrem Leben – zur Verteidigung der Freiheit und der Demokratie in Spanien beigetragen haben«; zugleich gedenke sie »respektvoll jener, die – von anderen Positionen aus als denen des demokratischen Spanien – für eine andere Gesellschaft kämpften, für die viele auch ihr Leben opferten«. Die Regierung hoffe, daß »aus keinem Grund und keinem Anlaß das Gespenst des Krieges und des Hasses jemals wieder unser Land heimsuche, unser Bewußtsein verdunkle und unsere Freiheit zerstöre. Deshalb äußert die Regierung auch ihren Wunsch, daß der 50. Jahrestag des Bürgerkrieges endgültig die Wiederversöhnung der Spanier besiegle.«

Die bis 1996 regierenden Sozialisten griffen auf die Erblast der Angst als Folge des Krieges zurück, um ihre politische Vorsicht abzusichern, um keine radikalen Veränderungen vorzunehmen, die möglicherweise die Stabilität des Systems gefährden könnten. Die in Spanien nach 1975 relativ schnell erreichte Stabilität hatte ihren politischen und moralischen Preis, der soziopolitische Frieden mußte erkauf werden.⁷ Das Überleben des franquistischen Symbolsystems erinnerte daran, daß die politische Reform aus einem Pakt hervorgegangen war, der innerhalb der autoritären Institutionen ausgearbeitet wurde und schließlich zur Transition führte.

Die Tatsache, daß es keinen klaren demokratischen Bruch mit der franquistischen Diktatur gab, hat einen Schatten auf jene Bereiche der Vergangenheit geworfen, die von Pierre Nora »Orte des Gedächtnisses« genannt werden.⁸ Die *transición* stellte eine Art Ehrenabkommen dar, durch das die Kompensation der Franquisten für die Übergabe der Macht in der Praktizierung einer kollektiven Amnesie erfolgte. Dies gilt nicht nur für die konservativen Übergangsregierungen der Jahre 1977-1982; dies ist nicht weniger gültig für den *Partido Socialista Obrero Español*: Mit ihrer Geschichtslosigkeit setzte die spanische Sozialdemokratie den in der Franco-Zeit erzwungenen Gedächtnisverlust des Volkes fort. In beiden Fällen diente die Marginalisierung und Verdrängung von Geschichte der Stabilisierung bestehender Machtverhältnisse.

Ein weiterer wichtiger Grund für die offizielle Verdrängung des Bürgerkrieges dürfte in dem ideologischen Konsens gelegen haben, der in den Jahren der Transition und des darauf folgenden ökonomischen Aufschwungs die spanische Gesellschaft bestimmte und der auf die Begriffe Modernisierung und Europäisierung gebracht werden

7 Vgl. Gregorio Morán: *El precio de la transición*, Barcelona 1991.

8 Vgl. Pierre Nora (Leitung): *Les lieux de mémoire*, Paris 1984.

kann. Hintergrund der Fortschrittsgläubigkeit, des extrovertierten Konsumrausches und der ungezügelten Europa-Euphorie jener Phase war ein tiefsitzender Minderwertigkeitskomplex gerade in bezug auf diesen Fortschritt und dieses Europa, von dem das Franco-Regime sich zuerst bewußt abgekoppelt hatte (»Spanien ist anders«) und von dem es zuletzt aus politischen und ökonomischen Gründen ferngehalten worden war. Philosophen, Schriftsteller und Politiker haben sich immer wieder die Frage nach den Gründen für Spaniens »Rückständigkeit« gestellt. Der Bürgerkrieg gilt in dieser Debatte als das historische Ereignis, durch das die Rückständigkeit der Spanier am klarsten zum Ausdruck kam, der Schlußpunkt in einer ganzen Reihe fehlgeschlagener Modernisierungsversuche.

Die Folge des Bürgerkrieges, die Installierung des Franco-Regimes, führte nach 1945 zum Ausschluß Spaniens aus der internationalen Staatengemeinschaft, zur Ächtung und zum wirtschaftlichen Boykott. Minderwertigkeit, Isolierung und Spaltung in Sieger und Besiegte wurden in Spanien mit dem Bürgerkrieg und seinen Folgen assoziiert. Die Öffnung des Landes zur Demokratie, zu Fortschritt und zu Europa war eine bewußte Abkoppelung von dieser unerwünschten Vergangenheit.

In nahezu allen Kommentaren über das Bewußtsein der spanischen Bevölkerung in bezug auf den Bürgerkrieg wurde in den achtziger Jahren auf die Indifferenz vor allem der Jugend gegenüber der jüngsten Vergangenheit hingewiesen. Amtliche Stellen zeigten ein auffälliges Desinteresse, diesen Zustand zu ändern: König und Regierung sprachen vor allem von Wiederversöhnung, staatliche Instanzen predigten unaufhörlich das Thema Europa. Im Jahr 1986 beging Spanien nicht nur den 50. Jahrestag des Bürgerkriegsbeginns; es war auch das Jahr, in dem das Land Vollmitglied der Europäischen Gemeinschaften wurde und sich endgültig für den Verbleib in der NATO entschied. Hatte der Bürgerkrieg den (erneuten) Beginn eines historischen »Sonderwegs« markiert, so stellte spätestens das Jahr 1986 die Rückkehr Spaniens zur europäischen »Normalität« dar.

Sicher hing die Geschichtslosigkeit der jüngeren Generationen auch mit der jahrzehntelangen Instrumentalisierung von Geschichte im Franquismus zusammen, die im Nach-Franquismus in Gleichgültigkeit oder sogar in Ablehnung umschlug. In diesem Zusammenhang verdienen die Überlegungen des Philosophen José Luis L. Aranguren referiert zu werden, der davon sprach, daß die nachfranquistische Gesellschaft Spaniens eine neue Beziehung zu ihrer Geschichte eingegangen sei, daß sie keine Dogmen mehr übernommen habe, sich von der Vergangenheit distanzieren (im Gegensatz zur früheren Identifizierung) und in ihrer kollektiven Erinnerung eine Wende vollzogen habe.⁹ Diese »historische Mutation« hänge damit zusammen, daß die Spanier früher vom Gewicht eines »Volkes mit Universalgeschichte« erdrückt worden seien.

Die vorherrschende spanische Kultur war zu Beginn der Neuzeit, im literarisch glänzenden »Siglo de Oro«, eine Kultur der Gegenreformation, später dann eine Kultur der Antimodernität. Der Franquismus kann als letzter Versuch betrachtet werden, zumindest in seiner Frühphase sich in diese Tradition der Antimodernität einzureihen. Die »prämodernen« Kulturelemente gingen in der Spätphase des Fran-

9 José Luis L. Aranguren: Por qué nunca más, in: Ramón Tamames: La guerra civil española. Una reflexión moral 50 años después, Barcelona 1986, S. 171-184.

quismus, seit dem Wirtschaftsboom der sechziger Jahre, rapide verloren. Der Verlust erzeugte nicht so sehr einen expliziten Anti-Franquismus als vielmehr einen Nicht-Franquismus, eine Skepsis gegenüber der Politik, die zwar in den ersten Jahren nach 1975 einem bewußten Engagement wich, sehr schnell jedoch wieder zur distanzierten Skepsis wurde, als die Hauptziele des friedlichen Wandlungsprozesses – die Sicherung der Demokratie und eine Übertragung der Macht an die linke Mitte – erreicht zu sein schienen.

Auf der Grundlage derartiger Überlegungen könnte es für das offizielle Verdrängen des Bürgerkrieges und das äußerst laxen Umgehen mit den franquistischen Symbolen im Übergangsprozeß in die Demokratie somit auch eine weit einfachere als die politisch-ideologische Erklärung geben: Es stellt sich die Frage, ob die vom Franquismus propagierten Werte in der spanischen Gesellschaft überhaupt je Fuß gefaßt haben, ob die Symbole und die Ästhetik des Regimes mehr als resigniert-unbeachtet hingegenommene Oberflächensymptome waren. Die Ideologie des Regimes – wenn es sie denn je gegeben hat – war spätestens seit dem Ende der fünfziger Jahre einem steten Auflösungsprozeß unterworfen gewesen; in den Schlußjahren der Diktatur war sie praktisch inexistent. Eine gewaltsame Auseinandersetzung mit dieser Ideologie, mit den Symbolen und den äußeren Merkmalen des franquistischen Regimes war nach 1975 deshalb nicht nötig; es handelte sich ohnehin nur noch um inhaltsleere Hüllen, die kaum jemand mehr ernst nahm. Auch das erklärt die Art, wie die spanische Gesellschaft lange Zeit mit ihrer diktatorischen Vergangenheit umging. Sie betrachtete sie als überlebt und gab sie dem Vergessen anheim.

Über den Bürgerkrieg, noch mehr sogar über die ersten Jahre der Franco-Ära, legte sich zumindest im politischen Diskurs für längere Zeit eine Decke des gesellschaftlichen Schweigens; wahrscheinlich erachteten es die Demokratisierungs-Generationen nicht für ratsam, auf eine derart konfliktbeladene Epoche zurückzublicken. Auf dem Altar der Ausgleichsmentalität wurden auch jene Gedenkveranstaltungen geopfert, die viele von der Regierung 1986 bzw. 1989 oder auch 1996 erwartet hatten. Statt dessen lautete die offizielle, nach beiden Seiten hin gleichermaßen abgesicherte Parole: »Nie wieder!« Der Bürgerkrieg wurde als »Tragödie« bewertet, als Krise, die den Zusammenbruch aller Werte des Zusammenlebens heraufbeschwor; nicht von den Gründen und Verantwortlichkeiten für diese Tragödie war die Rede, sondern von den Folgen der »tragischen Krise«.

Im Sommer 1983 ließ die Zeitschrift *Cambio 16* eine repräsentative Umfrage über den Bürgerkrieg durchführen.¹⁰ Danach bezeichneten 59 % der Befragten den Bürgerkrieg als ein Thema von Interesse, und 57 % hielten den Krieg für das wichtigste Ereignis zum Verständnis des gegenwärtigen Spaniens; zugleich hielten sich aber 76 % für schlecht informiert. Fast drei Viertel aller Befragten (73 %) sahen im Bürgerkrieg eine beschämende Epoche in der Geschichte Spaniens, die besser vergessen werden sollte; genau die Hälfte der Befragten war der Meinung, daß auf beiden Seiten für die Freiheit und den Fortschritt Spaniens gekämpft worden war, und ganze 48 % stimmten der Auffassung zu, daß alle Handlungen Francos ihren Beweggrund in seiner großen Liebe zu Spanien hatten. Auf die Frage: »Wenn Sie heute Partei ergreifen müßten: Für welche von beiden Seiten wären Sie zu

10 *Cambio 16* Nr. 616-619 vom 26. September bis 10. Oktober 1983.

kämpfen bereit?«, antwortete fast die Hälfte (48 %): für keine von beiden.

Die Antworten dieser Umfrage der achtziger Jahre lassen das Ausmaß deutlich werden, in dem der Krieg das Bewußtsein der Nachfolgenerationen geprägt hat, die ihn längst nicht mehr erlebt haben. Zum Zeitpunkt der Umfrage bestand die große Mehrheit des spanischen Volkes aus jenen, die den Krieg nur in seinen Folgen erlitten hatten. Und jene überwältigenden 73 %, die den Krieg für eine beschämende Epoche hielten, die besser vergessen werden sollte, drückten mit dieser Meinung ihr Interesse daran aus, nicht auf die alten Kriegsgeschichten zurück-, sondern von der versöhnten Gegenwart aus in die europäische Zukunft vorauszublicken.

Zwischen Erinnern und Vergessen: Das Spanien der Republik

Nach dem Tod des Diktators war die Amnestiefrage rasch zu einem Hauptanliegen der Opposition und deren Lösung zugleich zur politischen Bewährungsprobe für das Regierungslager geworden. Die Forderung nach einer umfassenden Amnestie wurde gleichsam zum Kristallisationspunkt für alle Veränderungswünsche. Da die Amnestie sich auf die Taten beider Seiten erstreckte und deren symbolische Bedeutung als Haupttakt der nationalen Versöhnung nicht gefährdet werden sollte, durften keine einseitigen Schuldzuweisungen erfolgen. Das gesamte politische Spektrum bekannte sich zu einer »Amnestie aller für alle« – so der baskische Nationalist Xavier Arzallus –, die ein besonders leidvolles Kapitel der spanischen Geschichte besiegeln und die Grundlage für einen Neuanfang legen sollte.¹¹

Bilanziert man diesen vergangenheitspolitischen Schlußstrich im Lichte der Bürgerkriegskategorien, so kann die Versöhnungsrhetorik nicht darüber hinwegtäuschen, daß das Lager der »Verlierer« insgesamt einen deutlich höheren Preis für die Wiedergewinnung der Demokratie zu zahlen hatte. Denn zur Niederlage im Krieg und deren unmittelbaren Folgen gesellte sich in der Regel die politische und sozialökonomische Diskriminierung von knapp 40 Jahren Diktatur.

Die offizielle Anerkennung der einstigen Verlierer als gleichberechtigter Teil der Gesellschaft war jedoch nicht allein mit juristischen Mitteln zu bewerkstelligen. Vielmehr galt es auch, das einst unterlegene Spanien in seiner Identität ernst zu nehmen und dessen besondere Geschichte als einen integralen Bestandteil der, wenn man so will, »nationalgeschichtlichen« Erfahrung zu begreifen. Die Wiederaufnahme der Republikaner in den Schoß der postfranquistischen Gesellschaft stand somit offenkundig unter der Bedingung, die Kämpfe von gestern und selbst die Erinnerung daran im Exil zu lassen. Und wer hierzu nicht bereit war, blieb letztlich außerhalb des politischen Konsenses.

Über diesen Verzicht auf Erinnerung wird bis heute spekuliert, und manche Kritiker sehen hier anstelle von kluger Zurückhaltung im Interesse von Freiheit und Demokratie eher die verbreitete Furcht der Opposition vor dem alten Establishment am Werke. Nicht zufällig ist daher in der Rückschau oftmals von einem »Pakt des Schweigens« der Eliten, gar von »kollektiver Amnesie« die Rede gewesen. Dagegen hat der Historiker Santos Juliá klargestellt, daß die Vergessensrhetorik der Transition keineswegs mit einem praktizierten Beschweigen der Ver-

11 Zur Amnestie nach 1975 vgl. Paloma Aguilar: *Memoria y olvido de la Guerra Civil española*, Madrid 1996.

gangenheit gleichgesetzt werden kann. Denn die politische Öffentlichkeit redete und erinnerte sich tatsächlich unermüdlich, wenn auch die Art dieser Erinnerungsrhetorik vor allem darauf abzielte, den Bürgerkrieg und seine Folgen von der politischen Debatte fernzuhalten.¹² Was heute wie ein Verzicht auf Erinnerung erscheinen mag, war der letztlich erfolgreiche Versuch, die explosive Wirkungsmacht der Vergangenheit rhetorisch zu neutralisieren.

Charakteristisch hierfür waren Distanzierungsstrategien, mit denen die traumatische Erfahrung der dreißiger Jahre in möglichst weite Ferne zur Gegenwart geschoben wurde. Der erste Schritt mentaler Distanzierung war bereits mit der Anerkennung des Krieges als »Bruderkrieg« und »nationale Tragödie« erfolgt. Die Kollektivschuldthese verhinderte nicht nur die späte Aufrechnung politischer Verbrechen, sondern auch die öffentliche Anerkennung der Tatsache, daß die politische Repression auf franquistischer Seite bedeutend mehr Opfer gefordert hatte. Politischer Mord, Unterdrückung, Exil und Zwangsarbeit, kurzum, die Leidensgeschichte des republikanischen Lagers verwandelte sich so in einen hochsensiblen Sperrbereich des öffentlichen Diskurses, der nur selten betreten wurde.

Zur Repolitisierung der Vergangenheit in der Regierungszeit der Konservativen

Auf die lange Regierungszeit der Sozialisten folgte 1996 der Wahlsieg des konservativen *Partido Popular*, dessen Vorsitzender José María Aznar vier Jahre lang einer Minderheitsregierung vorstehen und weitere vier Jahre mit absoluter Mehrheit regieren sollte. Das neue Selbstbewußtsein der Rechten, das proportional zur Krise der Sozialisten im Verlauf der 90er Jahre gestiegen war, sollte nicht ohne Folgen für die Geschichtspolitik insgesamt und den Blick auf die jüngste Vergangenheit im besonderen bleiben. Sichtbar wurde dies allerdings erst mittelfristig. Als neu erwiesen sich zunächst der Nachdruck und die Lautstärke, mit der eine ultrakonservativ aufgeladene Vergangenheitsdeutung zu dieser Zeit in die politische Öffentlichkeit drängte. Dabei ging es nicht nur um Teilaspekte, sondern letztlich um die Deutungshoheit über den Bürgerkrieg insgesamt.

Getarnt als Kampf gegen die vermeintliche Usurpation der Geschichte des Bürgerkrieges durch die Linke, zielte eine revisionistische Rechte mit ihren Arbeiten praktisch auf die Gesamtheit der universitär verankerten, kritischen Gesellschaftsgeschichte. Als Antwort auf das von zahllosen Einzelstudien geformte, fachhistorische Bild des Bürgerkrieges warteten die Revisionisten mit mehreren Titeln auf, deren generelle Tendenz in der Minimierung der Verantwortlichkeiten der Aufständischen lag, während die Handlungen des gegnerischen Lagers regelmäßig zu einem apokalyptischen Schreckbild gesteigert wurden. Zentraler Fluchtpunkt war hierbei stets die sogenannte Oktoberrevolution von 1934, jener Aufstandsversuch, der wie kein anderes Ereignis der kurzen republikanischen Phase die mangelnde Republiktreue der Linken belegen sollte. Und indem man den Ausbruch des Bürgerkrieges gleichsam auf diese Ereignisse vordatierte, avancierte der 18. Juli 1936 zu einer Aktion konterrevolutionärer Selbstverteidigung.

Hatte der 50. Jahrestag noch ganz im Zeichen fachhistorischer Eintracht gestanden, so kündigte sich also zehn Jahre später das Wieder-

12 Vgl. Santos Juliá: Echar al olvido. Memoria y amnistía en la transición, in: Claves de razón práctica, Nr. 129 (2002), S. 21 f.

aufflehen ideologisch verzerrter Vergangenheitsdeutungen und damit auch das Ende der in der Transition erlernten, geschichtspolitischen Zurückhaltung an.

1999 legten die Oppositionsparteien einen gemeinsamen Gesetzentwurf vor, mit dem 60 Jahre nach Kriegsende das Andenken der Bürgerkriegsexilanten geehrt und Gelder für Entschädigungszahlungen bereitgestellt werden sollten. Neben dieser Würdigung des Exils zielte der Gesetzentwurf aber auch auf eine »offizielle« Neubewertung der Kriegsschuldfrage, insofern diese erstmals auf die Verantwortlichen jenes »faschistischen Militärputsches gegen die republikanische Legalität« zugespitzt wurde. Damit aber verabschiedete sich der Text von der bisher gültigen Sprachregelung des offiziellen Spanien, die eine auf beide Lager gleichmäßig verteilte Kollektivschuld unterstellte.

Im Regierungslager war man keineswegs bereit, sich der neuen Sicht der Dinge anzuschließen. Zwar erklärten sich die Konservativen mit einem eigenen Vorschlag bereit, die Ehrung der »Opfer« zu unterstützen. Bürgerkrieg und Diktatur aber seien »überwundene Perioden«, deren Ursachen nicht zur politischen Debatte stehen dürften.¹³

In ihrer zweiten Legislaturperiode sahen die Konservativen sich sodann mit zahlreichen Anträgen und Initiativen der Opposition konfrontiert. Diese »entdeckte« in der Frage der Vergangenheitspolitik plötzlich eine neue politische Arena: In regelmäßigen Abständen legten Sozialisten und »Vereinigte Linke« von nun an Gesetzesinitiativen vor, die mit der Forderung nach Rehabilitation und Entschädigung nacheinander die verschiedenen Opfergruppen der Franco-Diktatur ins Spiel brachten. Mehr als der Sache selbst diente diese als Feldzug »gegen das Vergessen« deklarierte Kampagne aber wohl dazu, den moralischen Druck auf die Regierung zu erhöhen und diese zum Schwur zu zwingen.

Die Aussichten auf eine staatliche Unterstützung der zivilgesellschaftlichen Aktivitäten blieben zunächst gering, zumal alle Umfragen für die im März 2004 anstehenden Parlamentswahlen eine Bestätigung der Konservativen im Amt voraussagten. Bekanntlich waren es dann aber die Madrider Terroranschläge vom 11. März, in deren Folge das politische Meinungsbild im Lande in kürzester Zeit umstürzte und die oppositionellen Sozialisten unverhofft den Sieg davontragen konnten. Dieses unerwartete Ergebnis weckte auf seiten der Bürgerinitiativen berechnete Hoffnungen, denn nach dem parlamentarischen Engagement in Sachen Vergangenheit in den vorangegangenen Monaten stand der PSOE nun moralisch in der Pflicht.

Die Mobilisierung kollektiver Erinnerung um die Jahrtausendwende
Im Spanien der Jahrtausendwende ist die zeitliche Parallelität eines plötzlich wachsenden gesellschaftlichen Engagements zu beobachten, das im Zusammenspiel mit verschiedenen politischen Akteuren den öffentlichen Umgang mit der Bürgerkriegserinnerung nachhaltig verändert hat. Sucht man auf zivilgesellschaftlicher Ebene nach einem Ausgangspunkt, so fällt der Blick rasch auf den aus León stammenden Lokalreporter Emilio Silva. Anfang 2000 hatte sich dieser auf die Suche nach den sterblichen Überresten seines im Bürgerkrieg verschollenen Großvaters gegeben und damit ganz unverhofft einen Stein ins

13 Carsten Humlebæk: Usos políticos del pasado reciente durante los años de gobierno del PP, in: Historia del Presente, Nr. 3 (2004), S. 161 sowie El País digital, 1. Juni 1999.

Rollen gebracht.¹⁴ Ein Artikel zu seinem Vorhaben, publiziert in einer Lokalzeitung, löste unerwartete Hilfsbereitschaft aus. Zeitzeugen meldeten sich zu Wort, und Archäologen und Gerichtsmediziner boten ihre Hilfe an. Rasch formierte sich eine lokale Bürgerinitiative, die unter dem Namen *Asociación para la Recuperación de la Memoria Histórica* (»Verein zur Rückgewinnung der historischen Erinnerung«) bald darauf zur Tat schritt. Noch im Herbst desselben Jahres kam es so – nach einer Unterbrechung von rund zwanzig Jahren – im leonesischen Priaranza del Bierzo im Nordwesten Spaniens zur Öffnung eines weiteren Bürgerkriegsgrabes.

Die Exhumierungen von León hatten für das ganze Land eine überraschende Signalwirkung: 25 Jahre nach dem Tod des Diktators rückte plötzlich die Frage nach den *desaparecidos*, den Verschwundenen des Krieges, ins öffentliche Bewußtsein. Wie selbstverständlich wurde eines der düstersten Kapitel der Zeitgeschichte aufgeschlagen, namentlich jenes der teils spontanen, teils systematischen Gewaltexzesse und Hinrichtungen, die zu Kriegsbeginn und danach auf beiden Seiten der Front durch Städte und Dörfer fegten. Ein jahrelang verborgenes Wissen um die in Straßengräben sowie auf Äckern und Feldern verscharrten Opfer des »nationalen« Lagers brach sich Bahn, und rasch machte die Zahl von 30 000 nicht identifizierten Toten die Runde. Von León ausgehend breitete sich die Bewegung mittels zahlreicher lokaler Initiativen über das ganze Land aus. So zählt die *Asociación para la Recuperación de la Memoria Histórica* mittlerweile neun regionale Arbeitsgruppen. Darüber hinaus ist eine kaum mehr überschaubare Anzahl weiterer, lokal oder regional verankerter Vereine und Bürgerinitiativen auf den Plan getreten, die – zumeist über das Internet vermittelt – die Interessen von Opfern und Angehörigen vertreten und sich an der Suche nach den Verschwundenen beteiligen. Schon bald folgten daher auch in anderen Regionen Exhumierungen.

Die Vergangenheit drängte auch über andere Kanäle in die Öffentlichkeit. Eine geradezu modische Begeisterung entfaltete sich in der Fachwissenschaft, wo man den inhaltlichen Fokus um all jene Bereiche der republikanischen Geschichte erweiterte, die bisher nur geringe Aufmerksamkeit erhalten hatten. Das größte Interesse aber erregt nach wie vor die franquistische Repression, deren Grausamkeit und Systematik seither bis in die letzten Winkel hinein ausgeleuchtet wird.¹⁵

Noch in einem anderen Sinne spielte die Erinnerungskultur eine herausragende, öffentliche Rolle. Denn zur Jahrtausendwende waren die metallenen Zeugnisse der Führer-Verehrung nach wie vor präsent. In Gestalt großer Reiterstandbilder sowie mehrerer Statuen und Bronzebüsten war der *Caudillo* zu diesem Zeitpunkt auf einigen städtischen Plätzen und Straßen noch immer gegenwärtig. Weniger auffällig, aber noch deutlich weiter verbreitet ist außerdem der Namenskanon von Mitsreitern und Kriegsschauplätzen aus dem Bürgerkrieg, der bis heute das Straßenregister unzähliger Städte und Ortschaften schmückt. Eine quantitative Erhebung zur franquistischen Straßennomenklatur ergab, daß in 79 Prozent der Provinzhauptstädte auch nach mehr als 25 Jahren in Sachen franquistischer Symbolik die Kontinuität vor dem Wandel stand.

Es mag dahingestellt bleiben, inwieweit von all dem heute noch eine politisch infektiöse Wirkung ausgeht. Eine Tatsache ist aber, daß – mit

14 Vgl. Emilio Silva, Santiago Macías: *Las fosas de Franco. Los republicanos que el dictador dejó en las cunetas*, Madrid 2003

15 Zur neueren Literatur vgl. die Sammelrezension von Walther L. Bernecker: *Entre la historia y la memoria: Segunda República, Guerra Civil española y primer franquismo*, in: *Iberoamericana* Jg. III, Nr. 11, 2003, S. 227-238.

Ausnahme von Katalonien und dem Baskenland – praktisch im ganzen Land der politische Wille zur Eliminierung derartiger Relikte bisher gefehlt hat. Weniger eindeutig als dieser Befund sind im Einzelfall die zugrundeliegenden Motive. Einzelne Ortschaften waren bekannt für konservative Mehrheiten im Stadtrat, für die der Erhalt franquistischer Symbole offenbar lange Zeit eine Herzensangelegenheit darstellte. Der statistische Vergleich zeigt jedoch, daß auch Städte mit wechselnden oder stabil sozialistischen Mehrheiten nach nunmehr sieben Wahlperioden nicht notwendigerweise ein anderes Bild bieten.

Der lange Fortbestand franquistischer Herrschaftszeichen erscheint symptomatisch für die spanische Vergangenheitspolitik nach 1975. Allerdings hat die neue vergangenheitspolitische Sensibilität unterdessen auch diesen Bereich unbewältigter Zeitgeschichte in den Blick gerückt. Seither haben landesweit ganz unterschiedliche Initiativen die Forderung aufgegriffen und die Zerstörung franquistischer Symbole bisweilen sogar in die eigenen Hände genommen.

Während aber nach Jahrzehnten der Tatenlosigkeit wenigstens die Sozialisten endlich Handlungsbedarf erkannten, entschlossen sich die Konservativen im gereizten Klima ihrer zweiten Amtsperiode nun erst recht zu systematischer Blockadepolitik. Und so geriet auch die nach allen Maßstäben demokratischer Kultur längst überfällige Demontage der franquistischen Regimesymbolik zum Gegenstand neuer Streitereien und zu einem weiteren vergangenheitspolitischen Auftrag an die seit Frühjahr 2004 amtierende Regierung Zapatero.

Ausblick

Die Hoffnung der Bürgerinitiativen, von der Regierung Rodríguez Zapatero rasche finanzielle Unterstützung für ihre Arbeit zu erhalten, ist zwei Jahre nach Amtsantritt weitgehend verebbt. Bis heute liegt das wiederholt angekündigte Gesetz zur Rehabilitierung der franquistischen Opfer nicht vor. Mehrere Versuche von Angehörigen, eine Revision franquistischer (Unrechts-) Urteile zu erreichen, sind von den zuständigen Gerichten abgewiesen worden.

Es ist weitgehend unstrittig, daß von Vergangenheitsarbeit überwiegend positive Impulse für die demokratische Konsolidierung eines Gemeinwesens zu erwarten sind, da sie Vertrauen in die Institutionen des Rechtsstaates schafft. Im spanischen Fall nun fand sich am Anfang der neuen Demokratie ein Generalkonsens der politischen Lager: Alle Seiten verzichteten auf eine allzu explizite Verurteilung der jüngsten Vergangenheit. Die neue Popularität des Erinnerns, die in den letzten Jahren um sich gegriffen hat, hat allerdings die Aussichten auf einen Erinnerungskonsens, auf eine einmütige Verurteilung der jüngeren von Krieg und Diktatur geprägten Vergangenheit eher erschwert. Die Erfahrung der vergangenen Jahre lehrt somit, daß in Spanien eine kritische Aufarbeitung der Geschichte offenbar nur um den Preis verschärfter politischer Konfrontationen und einer Art Lagerbildung zu haben ist. Bestätigt dieses Erkenntnis nachträglich die politische Klugheit des »Schweigepaktes« der Transition?

SIEGFRIED WENZEL

Sozialismus des 21. Jahrhunderts?

Das Anliegen

Das Erscheinen des Buches von Heinz Dieterich »Der Sozialismus des 21. Jahrhunderts. Wirtschaft, Gesellschaft und Demokratie nach dem globalen Kapitalismus«¹ hat in der kurzen Zeitspanne seit seinem Erscheinen große Beachtung gefunden und teilweise euphorische Einschätzungen sehr verschiedener Persönlichkeiten ausgelöst.

Nach dem Scheitern des ersten großen Versuchs der Schaffung einer von Marx ausgehenden alternativen sozialistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung in Europa und der Sowjetunion sind die Kräfte und Strömungen, die eine solche, zur vorherrschenden marktwirtschaftlichen Ordnung alternative Entwicklung anstreben, über Ziel und Wege dahin zutiefst verunsichert und zersplittert. Es herrscht eine weit verbreitete Orientierungslosigkeit. Die Wege Chinas, Vietnams und Kubas werden häufig als nicht alternativ-sozialistisch eingeschätzt; eher als eine Entwicklung, die ebenso scheitern müsse, wie das sowjetische Modell oder sie würden sich in die marktwirtschaftlich-kapitalistische Ordnung einordnen. Mit dem Buch von Dieterich liegt der Versuch vor, die Grundzüge, Struktur und Charakteristika einer neuen alternativen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung heraus zu arbeiten. Er baut dabei auf Ideen und einem Konzept von Arno Peters, einem ausgewiesenen Historiker, und Konrad Zuse, dem Erfinder der ersten betriebsfähigen, vollautomatischen Rechenanlage auf, die in dem im Jahre 2000 veröffentlichten Buch »Computer-Sozialismus« dargelegt sind und entwickelt sie weiter.

Die Konzeption von Dieterich geht in Übereinstimmung mit Peters von drei grundlegenden Annahmen aus.

Erstens: Die bürgerliche Gesellschaft und mit ihr die marktwirtschaftlich-kapitalistische Wirtschaftsordnung ist in ihrer Endphase angekommen. Er schreibt: »Die Menschheit hat sich seit ihrer Entstehung bis vor etwa 5000 Jahren unter den Prinzipien der bedarfsdeckenden Lokalwirtschaft, des intuitiv äquivalenten Produktaus-tausches und der Solidargemeinschaft reproduziert und organisiert. Dann brach die durch privates Bereicherungsstreben gekennzeichnete Marktwirtschaft in die zivilisatorische Entwicklung ein und zerstörte die Prinzipien solidarischer Bande, wertgleichen Güteraus-tausches und gebrauchswertorientierter Arbeit und Produktion. Seitdem lebt die Gattung unter der privaten Tyrannei der Produktionsmittel-eigner und ihrer repressiven Staatsapparate in hierarchischen und antidemokratischen Klassengesellschaften.«² Es wird der Begriff des »historischen Projektes« eingeführt und als die treibende Kraft der

Siegfried Wenzel – Jg. 1929, Diplomökonom, studierte Volks- und Betriebswirtschaft an der Universität Leipzig, arbeitete in der Leitung der Bäuerlichen Handelsgenossenschaft sowie der Staatlichen Plan-kommission der DDR, zuletzt als Stellvertreter des Vorsitzenden verantwortlich für volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, war Mitglied der Regierungs-delegation zur Vorbereitung der Währungsunion BRD – DDR, publizierte vor allem zur Wirtschaftsgeschichte der DDR, u. a. »Was war die DDR wert?« und »Was kostet die Wiedervereinigung?« (2003). Zuletzt in UTOPIE kreativ: Erfahrungen aus dem ersten Sozialismusversuch in Europa, Heft 133, (November 2001).

1 Heinz Dieterich: Der Sozialismus des 21. Jahr-

hunderts, Kai Homilius Verlag Berlin 2006.

2 Ebenda, S. 21.

Geschichte bezeichnet. Dieterich knüpft, gestützt auf Peters umfangreiche historische Arbeiten, an die Analyse des bestehenden kapitalistischen Systems durch Marx an und begründet anhand der seit dieser Zeit gesammelten Erfahrungen und wirksam gewordenen neuen Entwicklungen politischen, ökonomischen und wissenschaftlich-technischen Charakters anhand vieler Fakten eindrucksvoll die Notwendigkeit der Ablösung dieses Systems, wenn der Absturz der Menschheit in die Barbarei verhindert werden soll.

Als Kern des historischen Projektes der marktbestimmten, später kapitalistischen Gesellschaft wird der »nichtäquivalente Austausch« hervorgehoben als die entscheidende Quelle der bestehenden ökonomischen und sozialen Ungerechtigkeit, der Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich sowohl im nationalen als auch im internationalen Rahmen, der bedrohlichen Vernutzung der ökologischen Ressourcen dieser Erde und damit der menschlichen Existenz.

Zweitens: Diese Situation erfordert nach Peters und Dieterich den Übergang zu einem neuen, postkapitalistischen Projekt: Der nicht-äquivalente Austausch müsse durch das Prinzip der Äquivalenz ersetzt werden. Dieses Konzept geht davon aus, dass die Äquivalenz für die Wirtschaft die Gleichwertigkeit jener Güter und Leistungen bedeutet, die in der arbeitsteiligen Welt ausgetauscht werden, also die vollkommene Entsprechung von Leistung und Gegenleistung, von Wert und Preis. Peters beruft sich in diesem Zusammenhang auf Ricardo, der feststellte: »Schon in der frühen Wirtschaftsgeschichte ist also der Wert eines Gutes nicht durch seinen Gebrauchswert bestimmt, sondern allein durch die in ihm enthaltene Arbeitsmenge.« Marx und Engels hätten als wissenschaftliche Revolutionäre oder revolutionäre Wissenschaftler Zeit ihres Lebens nicht nur die Logik allgemeinen gesellschaftlichen Handelns wissenschaftlich entschlüsselt und in ihren entfremdeten Manifestationen politisch bekämpft, sondern auch die Systemlogik privatkapitalistischer Marktwirtschaft in der Kritik der politischen Ökonomie mit außerordentlichem Erfolg analysiert. »Diese ungeheure Forschungsleistung, verbunden mit revolutionärer politischer Tätigkeit, Exil und außerordentlichen persönlichen Entsaugungen, beanspruchte ihre gesamte Energie. Für die Ausarbeitung eines konkreten Vorschlags zum Wirtschaftssystem des zukünftigen Sozialismus, dem neuen Staatsgebilde sowie der Organisation der sie tragenden Massen blieb daher keine Zeit mehr. Für die revolutionäre Übergangsphase zum Kommunismus gibt es daher wichtige Hinweise in ihren Arbeiten, ... doch hätten konkrete strategische Planungen auf der Basis nationaler Entwicklungsbedingungen erst unter Lenin und den Bolschewiki realisiert werden können.«³

3 Ebenda, S. 78.

Drittens: Mit der Mikroelektronik und Erfindung der modernen Rechenanlagen sei eine neue Stufe in der Erfassung und Steuerung der komplexen und zugleich hoch differenzierten Faktoren der gesellschaftlichen und ökonomischen Entwicklung erreicht, ohne den Umweg über die blinden Gesetze des Marktes und den damit verbundenen nichtäquivalenten Austausch gehen zu müssen. In einem Vortrag am 7. Mai 1995 in Palermo führte Peters aus: »Das Ineinandergreifen von Produktion, Verteilung, Konsum und Dienstleistungen kann vom Computer gesichert werden: Die weltweite Entwick-

lung des Bedarfs (einschließlich der Rangordnung dieser Bedürfnisse), die Lenkung der Produktion (einschließlich der Errichtung neuer Produktionsstätten) und die Verteilung von Gütern und Dienstleistungen wäre vom Computer bereits heute zu bewältigen. *Computer-Sozialismus* nannte der Erfinder des Computers, Konrad Zuse, diese Wirtschaftsordnung, wenn sie das Äquivalenzprinzip mit der Arbeitswertlehre verbindet. Damit war die ökonomische Dimension des Computer-Sozialismus bestimmt.⁴ Dieterich ergänzt, dass Veränderungen in den Preis-Kosten- bzw. Wertrelationen bereits mit der aktuellen Informationslogistik auf nationalem Niveau stündlich erfasst und an die Betriebseinheiten weitergegeben werden könnten, so dass die Flexibilität und Reaktionsmöglichkeiten auf wirtschaftliche Parameter-Veränderungen unvergleichlich viel schneller (effizienter) durchgeführt werden können als es der kontemporäre »Markt« kann. Sie verweisen in diesem Zusammenhang auf die Arbeiten der Engländer Cockshott und Cotrell und die Tatsache, dass bereits 1993 Supercomputer in der Lage waren, eine demokratisch definierte Planungsaufgabe für eine große Volkswirtschaft mit etwa 12 Mio. Produkttypen innerhalb von zehn Minuten zu lösen.⁵

Die Konzeption Dieterichs, gestützt auf Peters und Zuse, besteht darin, in einem »entscheidenden Schritt für den Übergang zum Sozialismus, den für die Bourgeoisie lebenswichtigen privatwirtschaftlichen Planungsmechanismus des Marktes zu ersetzen durch die demokratische koordinierte kybernetische Regulation der unmittelbaren Produzenten. Der Markt und sein Preiskalkül als fünftausendjähriger obsoleter Modus der Ressourcenverteilung, ersetzt durch Mehrheitendemokratie und wertökonomisch operierendes, elektronisch gesteuertes gesellschaftliches Produktiveigentum, das wäre das geschichtliche Ende der bürgerlichen Klasse ...«⁶ Zuse hat seinen Standpunkt dazu in einem Vortrag am 4. Oktober 1993 im Deutschen Museum in München wie folgt dargelegt: » ... dass der Computer letzten Endes dazu dient, die Belange der Gesellschaft zu lösen. ... Mir schwebt so etwas vor wie eine Art Computersozialismus ... was die Idealisten in den sozialistischen Ländern im Osten dachten, was ihnen dann aber leider nicht ganz gelungen ist«.

Bemerkenswert und in mancher Hinsicht neu sind in diesem Zusammenhang Einschätzungen zu den »eigentlichen Ursachen« des Scheiterns des sowjetischen Modells einer alternativen Gesellschaft in Europa und der Sowjetunion: Weder die wissenschaftliche Erkenntnis, noch der Fortschritt der Produktivkräfte seien auf dem Entwicklungsstand angekommen gewesen, den die Formulierung eines Programms sozialistischer Ökonomie oder wirklicher Mehrheitendemokratie erfordert hätte. Dieterich formuliert seine Sicht dieser Zusammenhänge und ihrer Rolle beim Scheitern dieses ersten großen Sozialismusversuchs folgendermaßen: »Die Werttheorie, die die Essenz der politischen Ökonomie von Marx und Engels darstellt, hatte, Ricardo folgend, den objektiven Wert des Produktes korrekt über die gesellschaftlich notwendige durchschnittliche Menge abstrakter Arbeit bestimmt, die in die Produktion einer Ware investiert wird. Aber es gab weder Computer, noch Datenübertragungsnetze, noch die fortgeschrittene Mathematik, welche für die Wertkalkulation eines Produktes in der Praxis notwendig sind. Die für die Gestaltung

4 Arno Peters: *Computer-Sozialismus*, Verlag Neues Leben Berlin 2000, S. 12.

5 *Der Sozialismus des 21. Jahrhunderts*, a. a. O., S. 95.

6 *Ebenda*, S. 79.

einer – im Verhältnis zur kapitalistischen Chrematistik qualitativ unterschiedlichen sozialistisch-demokratischen Ökonomie vitalen Theoreme der Wertbildung ... konnten daher nicht zur operativen Basis einer realen Ökonomie werden. Aus diesem Grunde basierten die Volkswirtschaften der sozialistischen Staaten auf Kosten-Preis-Berechnungen in monetären Einheiten, die im allgemeinen an den Weltmarktpreisen orientiert waren oder an soziopolitischen Direktiven der Regierung, und nicht an den Mengeneinheiten abstrakter Arbeit. Demzufolge konnte sich der Austausch von Produkten, Dienstleistungen und Arbeitskraft auch nicht in gleichen Wertgrößen vollziehen, als Äquivalententausch, sondern wie Arno Peters herausgearbeitet hat, nur in gleichen Preisgrößen, will sagen als äquiptärer (nicht wertgleicher) Tausch. ... Die objektive Unmöglichkeit, die Ökonomie der neuen Gesellschaft auf einer der nationalen Chrematistik qualitativ anderen Basis zu konstruieren – in welcher als gesellschaftliche Verrechnungseinheit nützlicher Arbeit computerisierte Arbeitszeiten anstelle monetärer Kosten Preis-Kalkulationen verwendet und unternehmerische Autokratie durch mehrheitsdemokratische Planung ersetzt würden –, machte den Quantensprung des Systems aus dem realen Sozialismus in den wirklichen Sozialismus unmöglich.«⁷ Und Dieterich stellt in diesem Zusammenhang fest: Dies sei in der Tat die tiefstliegende, auf der Ebene der Produktivkräfte angesiedelte gesellschaftliche Ursache des inneren Zusammenbruchs der Sowjetunion und der übrigen sozialistischen Länder. Tragischerweise sei die Sowjetunion gerade in dem historischen Augenblick implodiert, in dem die objektiven Barrieren des Übergangs zum wirklichen Sozialismus von Wissenschaft und Technik überwunden werden. »Tragisch deshalb, weil bei Lenin die subjektiven Voraussetzungen antibürgerlichen Triumphes vorlagen, nicht so die objektiven, während bei Gorbatschow die objektiven Bedingungen reif wurden, aber die subjektiven fehlten.«

7 Ebenda, S. 78

Peters, Zuse und Dieterich halten eine Planwirtschaft für unabdingbar bei der Gestaltung menschlicher Gesellschaften, die auf Arbeitsteilung und Kooperation beruhen. Sie setzen dem neoliberalen mainstream der Vergötterung der blinden Kräfte des Marktes die ordnende und organisierende Rolle einer demokratischen Planwirtschaft entgegen als die für die menschliche Entwicklung einzig bestehende Alternative. »Und als vor 6000 Jahren die Menschen in den Flusstälern des Nil, des Euphrat und Tigris, des Indus und des Hoangho durch Anlage von Dämmen, Staubecken und Kanälen die Ströme bändigten, war das schon Wirtschaftsplanung, die ganze Völker in Gemeinschaftsarbeit verband. Ägyptens Pyramiden und die Chinesische Mauer wären ohne zentrale, planende Ordnung nicht zu vollbringen gewesen.«⁸ Sie weisen darauf hin, dass »dieses sich gegenseitig ergänzende und fördernde, aber auch konkurrierende Nebeneinander von zentraler Wirtschaftslenkung und privater Gewinnplanung während der ganzen Dauer des Bestehens der Marktwirtschaft erhalten« hat. Peters weist darauf hin, dass die Bedeutung der staatlichen Wirtschaftsplanung in dem Maße wächst, wie der über Steuern und Abgaben durch die Hand des Staates laufende Anteil am Sozialprodukt zunimmt. Es habe also seit Entstehung der Marktwirtschaft stets einen Planungs dualismus gegeben, der die In-

8 Arno Peters ebenda, S. 32.

teressen einer sich verselbständigenden Wirtschaft in Einklang brachte, ohne die eigentliche Aufgabe der Wirtschaft, nämlich die Versorgung aller Menschen, zu seiner Zielstellung zu machen anstatt des maximalen Gewinns und Profits der Kapitaleigner. Seit 1917 seien Staaten aufgebaut worden, in denen dieser Planungs dualismus einer dominierenden zentralen Planung Platz gemacht hat.

So unwirklich es klingt, so zutreffend ist es im Kern doch, wenn festgestellt wird, dass damit anstelle der Regulierung durch Angebot und Nachfrage (Marktwirtschaft) eine Art Bedarfsdeckungswirtschaft (Planwirtschaft) getreten ist. Ob die Planwirtschaft eine optimale Bedarfsdeckungswirtschaft sein kann, »ist abhängig von der technischen Entwicklungsstufe des betreffenden Landes sowie von der laufenden Ermittlung des allgemeinen Bedarfs und seiner direkten Umsetzung in Gütererzeugung, vom Stand der Dienstleistungen und der Güterverteilung, wie sie mithilfe des Computers möglich geworden ist. Aber das sei auch noch von einer zweiten Prämisse abhängig: von einer gerechten Verteilung der erzeugten Güter und erbrachten Dienstleistungen. Planwirtschaft sei also noch kein Sozialismus. Damit aus der Planwirtschaft Sozialismus werde, müsse auch dessen zweites Merkmal verwirklicht sein: das von Marx begründete Prinzip *Jedem nach seiner Leistung*. Dieses Ziel könne nur verwirklicht werden durch eine Verteilung der erzeugten Güter und erbrachten Leistungen nach dem *Äquivalenzprinzip*.⁹

9 Ebenda, S. 38/39.

Die Problematik

Wie dargelegt, besteht die zentrale Idee des Konzeptes »Der Sozialismus des 21. Jahrhunderts« in der Postulierung des Übergangs vom »nichtäquivalenten Austausch« als dem entscheidenden Charakteristikum der Warengesellschaft zur Verwirklichung des Prinzips des »äquivalenten Austausches« als der ökonomischen Grundlage einer neuen postkapitalistischen Ordnung, eines neuen historischen Projektes.

Dieses Wertmaß gefunden und definiert zu haben, sei die große Leistung der klassischen Ökonomie. Die Arbeitswertlehre von Smith habe noch kein praktisch anwendbares *Wertmaß* entwickelt. Ricardo habe dann versucht, aus der Arbeit das Maß abzuleiten, das »Wertmessungen mit der gleichen Verbindlichkeit erlaubt wie das Urmeter in Paris Längenmessungen«. Er habe die Arbeit nicht nur als *Wertursache*, sondern auch als *Wertmaß* betrachtet. Peters konstatiert: Dadurch wurde die Zurückführung des Wertes jedes einzelnen Gutes auf die in ihm enthaltene Arbeitsmenge, besonders im Hinblick auf die ständige Veränderung dieser Faktoren, zu einer rechnerisch kaum zu bewältigenden Aufgabe. Ohne deren Lösung wäre jedoch das Äquivalenzprinzip nicht zu verwirklichen. Erst durch die Erfindung des Computers, der diese Aufgabe lösen kann, ist neben der die allgemeine Bedarfsdeckung sichernden Planwirtschaft auch die zweite Grundlage des Sozialismus praktisch zu verwirklichen: Der Austausch von Gütern und Leistungen zu ihrem Wert.«¹⁰

10 Ebenda, S. 43.

Die Leistung von Marx beschreibt Peters wie folgt: Er (Marx) ging davon aus, dass die menschliche Arbeit in der kapitalistischen Gesellschaft zur Ware geworden sei, die mit ihrem jeweiligen Marktpreis (=Lohn) voll bezahlt ist. Peters zitiert Marx: »Daß der Wert,

den ihr Gebrauch während eines Tages schafft, doppelt so groß ist als ihr eigener Tageswert, ist ein besonderes Glück für den Käufer, aber durchaus kein Unrecht gegen den Verkäufer.« Und er versicherte sogar, es würden bei diesem Kauf die Gesetze des Warenaustausches in keiner Weise verletzt. Äquivalent werde gegen Äquivalent ausgetauscht.

Während bis zu diesem Punkt die Logik der Gedanken von Peters und Dieterich – unabhängig davon, ob man ihnen im Einzelnen zustimmt oder nicht – nachzuvollziehen ist, erweist sich als das entscheidende Problem, das letzten Endes über die Tauglichkeit des »neuen historischen Projektes« zur bestehenden kapitalistisch-marktwirtschaftlichen Ordnung entscheidet, die Frage, auf welchem computerisierten Wege es möglich ist, die konkrete Arbeit auf das einheitliche Maß »durchschnittlich gesellschaftlich notwendige abstrakte Arbeit« zu transformieren. Dieterich formuliert das Problem so: »Im Unterschied zum subjektiven Charakter der von der bürgerlichen Ökonomie verwendeten Konzepte Preis und Wert ist das Konzept des Wertes als die in einem Produkt oder einer Dienstleistung real enthaltene direkte und indirekte Arbeitszeit abstrakte Arbeit eine objektive Größe«. ¹¹

11 Heinz Dietrich ebenda, S. 145 f.

Wie stellen sich Dieterich und Peters in ihrem Projekt des Äquivalenzaustausches die Lösung dieses Problems vor? Dieterich führt aus, dass »der Präzisionsgrad, mit dem jeder einzelne Produktionsfaktor als Zeit bestimmt werden kann, davon abhängt, ob es sich um lebendige oder verdinglichte Arbeit handelt. Die Zeiten (Werte) lebendiger Arbeit ... könnten mit einer Präzision von annähernd 100 % berechnet werden, da alle Produktionsprozesse der modernen Ökonomie auf dem Vektor ›Zeit‹ basieren.

Die Berechnung der Werte an verdinglichter Arbeit (Maschinen, Werkzeuge, Räumlichkeiten etc.), die anteilmäßig in das Produkt eingehen, sei komplexer und erfordere Approximationsmethoden, die ähnlich der Berechnungsgrundlage der zur Zeit gebräuchlichen Wertminderungstabellen (Abschreibungen) hinreichend akzeptable Annäherungswerte ergeben. ... In der ersten Etappe des Neuen historischen Projektes wäre der Prozess der Messung, Operationalisierung und Instrumentalisierung des objektiven Wertes demzufolge eine Kombination von präzisen Messungen und begründeten, nicht willkürlichen Schätzungen.« ¹² Bereits hier ist anzumerken, dass der Anteil der verdinglichten Arbeit am Wert eines Produktes oder einer Leistung aufgrund der wissenschaftlich-technischen Entwicklung ständig wächst und deshalb auch der Anteil der geschätzten Wertbestandteile beträchtlich ist und sich ständig weiter erhöht.

12 Ebenda, S. 149.

Peters lässt als Arbeitswertmaß ausschließlich die Arbeitszeit gelten. Eine Bewertung der unterschiedlichen Inhalte der konkreten Arbeiten ist bei ihm nicht vorgesehen und nicht Bestandteil seines Äquivalenzprinzips. Damit geht er zwar den Schwierigkeiten der Reduktion der komplizierteren konkreten Arbeiten auf das einheitliche Maß der durchschnittlich gesellschaftlich notwendigen Arbeit aus dem Weg; allerdings fehlt so dem Petersschen Projekt der Äquivalenzökonomie damit der Faktor der Motivation zur Erbringung der notwendigen komplizierteren Arbeiten wie auch eine entscheidende Voraussetzung für die Realisierung des ökonomischen Prinzips: Jedem nach seiner Leistung.

Das entscheidende Problem besteht darin, dass mit dem Vektor »Zeit« z. B. einer Arbeitsstunde, noch nicht der unterschiedliche Inhalt einer Arbeitsstunde konkreter Arbeit, d. h. die Differenzierung in der Wertschöpfung erfasst und auf das Einheitsmaß abstrakte Arbeit transformiert ist. Das hat Dieterich in folgender Formulierung zum Ausdruck gebracht: »Das von Arno Peters stipulierte Prinzip rigoroser Äquivalenz oder absoluter Gleichheit in der Entlohnung einfacher und komplizierter Arbeit kann in der gemischten Ökonomie des Übergangs realistischweise nicht aufrechterhalten werden, da es der Konditionierung des menschlichen Charakters im Kapitalismus – möglicherweise auch seiner anthropologischen Natur – nicht genügend Rechnung trägt, wie etwa der Bedeutung materieller Anreize, dem Machtstreben und Machtmissbrauch, dem Neid, den Tendenzen zur Korruption, dem Narzissmus, Autoritarismus und Konsumismus.«¹³ Er verweist in diesem Zusammenhang auf die in dieser Hinsicht in der DDR und auch in der Sowjetunion gesammelten Erfahrungen. Dieterich macht dieses grundlegende Problem auch an folgendem Zusammenhang deutlich: »Einer der wichtigsten, aber auch komplexesten Aspekte dieser Problematik ist die Beziehung zwischen der Produktivität einer Arbeitskraft und ihrer materiellen Vergütung, also die Frage, wann eine höhere individuelle Produktivität des Beschäftigten A gegenüber dem Beschäftigten B, bei gleicher Anzahl geleisteter Arbeitsstunden, eine höhere Gratifikation für A erlaubt?« Dieterich lässt die Frage offen, ob eine höhere Gratifikation erlaubt ist, wenn die höhere Produktivität durch sein Interesse, seine professionelle Ausbildung, formale Erziehung, Sorgfalt, Disziplin, Wille usw. begründet ist. Auf die Frage, wie zu verfahren ist, wenn die höhere Produktivität nicht seinem eigenen oder persönlichen Verdienst entspricht – z. B. in einem physisch leistungsfähigeren Alter zu sein, über eine bessere Produktionstechnologie zu verfügen, einer ethnisch und geographisch privilegierten Gruppe oder einem privilegierten Geschlecht anzugehören –, gibt er zur Antwort, es wäre keine bessere Vergütung als der Basislohn zu rechtfertigen. Außerdem müssten Arbeitsbedingungen in Rechnung gestellt werden, die extrem schwer oder gesundheitsgefährdend sind.

Aus den Darlegungen von Dieterich wird deutlich, dass es in diesen Fragen zwischen ihm und Peters unterschiedliche Standpunkte gibt. Das Argument von Peters, dass die Berechnung solcher Vergütungen – über den objektiven Wert hinaus – notwendigerweise subjektiv ist, sei zweifellos korrekt; da es keinen Modus gibt, aufzuz zeigen, dass ein Ingenieur zweimal mehr anstelle von 1,8 oder 2,2 Mal mehr zu verdienen hat als ein Mechaniker. Dieterich stellt fest: »Dieser Multiplikator des Basiswertes ist unvermeidlich subjektiv und insofern ein möglicher Gefahrenpunkt von Korruption und Ungerechtigkeiten.« Trotzdem hält er auch in dieser Frage das Konzept des Äquivalenzaustausches für besser als das des »brain drain«, das aus dem kapitalistischen Einkommensgefälle zwischen niedrig- und hochtechnifizierten Gesellschaften entspringt. Unter Berücksichtigung der Erfahrungen der DDR ist Dieterich unbedingt zuzustimmen, wenn er feststellt, dass es wenig realistisch wäre zu versuchen, vom kapitalistischen *homo oeconomicus* ohne Übergang zum ethischen Menschen der zukünftigen Demokratie zu gelangen. Das gilt aber offensichtlich nicht nur für den Übergang. Bei Marx und Engels

13 Ebenda, S. 151.

sei das Problem mit dem Konzept der Reduktion von komplizierter Arbeit auf einfache gesellschaftlich notwendige Arbeit gelöst. Hier ist festzustellen, dass das nur insofern zutrifft, als Marx im Rahmen der Werttheorie dazu einen gedanklichen Ansatz vorgeschlagen hat, auf das Problem der praktischen Realisierung jedoch nicht eingegangen ist. Wenn es in einer solchen Grundfrage zwischen den Hauptvertretern der Äquivalenztheorie grundlegend verschiedene Auffassungen gibt, kann man diesem Konzept nicht als ausgereift und für in sich schlüssig betrachten.

In diese Problematik ist eingeschlossen die Schwierigkeit, die sog. mittlere Produktivität zu ermitteln. In der kapitalistisch-marktwirtschaftlichen Gesellschaft tendiert das ökonomische Subjekt, dessen Produktivität unterhalb des nationalen oder internationalen Durchschnitts liegt, dazu eliminiert zu werden, vor allem in Krisenzeiten. Das bedeute, so Dieterich, dass die heutigen Produktionskosten im Prinzip eine realistische Richtschnur hinsichtlich des erreichten Produktivitätsstandes zu jedem Zeitpunkt und in jedem Winkel der globalen Ökonomie darstelle, wenn auch die praktischen Berechnungsprobleme, die aus Währungsverhältnissen, Subsidien, manipulierten Statistiken usw. resultierten, nicht unterschätzt werden sollten. »Für die demokratisch geplante Ökonomie wird ein ähnlicher Standard benötigt – eine mittlere Produktivität – der es erlaubt, die Effizienz jeder ökonomischen Einheit, vor allem der Unternehmen, mit einer gewissen Objektivität zu bewerten, um keine knappen Ressourcen zu verschwenden. Diese durchschnittliche Produktivität würde, demokratisch vermittelt, als eines der Leitprinzipien der Äquivalenzzwirtschaft das ersetzen, was Marx das Wertgesetz der kapitalistischen Ökonomie genannt hat.«¹⁴

14 Ebenda, 153.

Daraus ergibt sich, dass die Äquivalenzkonzeption diesen entscheidenden Baustein des Gesamtkonzeptes nicht eigenständig ermitteln kann, sondern den erreichten Stand der gegenwärtigen Ausbeutungsgesellschaft übernehmen muss. Es entsteht hier eine ähnliche Situation wie bei der Ermittlung der Realität angenäherter Preise, respektive Werte für die Ökonomie des sog. sozialistischen Weltmarktes. Man musste auf die Weltmarktpreise der kapitalistischen Welt zurückgreifen, hatte also keine eigene, autonome Wertbasis, die die Funktion eines Marktes voraussetzt.

Es handelt sich bei dieser Problematik nicht nur um eine zentrale Frage, die für die Tauglichkeit des »neuen historischen Projektes« von grundlegender Bedeutung ist, sondern generell für jedes Projekt, das auf die Steuerung der Wirtschaft durch den marktwirtschaftlichen Regulierungsmechanismus verzichten will.

Was findet sich bei Marx zu dieser komplexen und komplizierten Problematik? Im ersten Kapitel des Kapital führt er aus: »Ursprünglich erschien uns die Ware als ein Zwieschlächtiges, Gebrauchswert und Tauschwert. Später zeigte sich, daß auch die Arbeit, soweit sie in Wert ausgedrückt ist, nicht mehr dieselben Merkmale besitzt, die ihr als Erzeugerin von Gebrauchswerten zukommen. Diese zwieschlächtige Natur der in der Ware enthaltenen Arbeit ist zuerst von mir kritisch nachgewiesen worden. Da dieser Punkt der Springpunkt ist, um den sich das Verständnis der politischen Ökonomie dreht, soll es hier näher beleuchtet werden.«¹⁵

15 Karl Marx: Das Kapital, in: MEW Bd. 23, S. 56.

»Der Wert der Ware aber stellt menschliche Arbeit schlechthin dar ... Sie ist Verausgabung einfacher Arbeitskraft, die im Durchschnitt jeder gewöhnliche Mensch, ohne besondere Entwicklung, in seinem leiblichen Organismus besitzt. *Die einfache Durchschnittsarbeit* selbst wechselt zwar in verschiedenen Ländern und Kulturepochen ihren Charakter, ist aber in einer vorhandenen Gesellschaft gegeben. Kompliziertere Arbeit gilt nur als *potenzierte* oder vielmehr *multiplizierte* einfache Arbeit. ... Eine Ware mag das Produkt der kompliziertesten Arbeit sein, ihr Wert setzt sie dem Produkt einfacher Arbeit gleich und stellt daher selbst nur ein bestimmtes Quantum einfacher Arbeit dar.«¹⁶

Ebenda, S. 59

In einem bestimmten Umfang kommt Marx dazu in seiner »Kritik des Gothaer Programms, Randglossen zum Programm der Deutschen Arbeiterpartei« 1875 zurück. In Bezug auf die erste Phase seiner Vision einer kommunistischen Gesellschaft, einer Phase mit Übergangscharakter wie er hervorhebt, die gemeinhin als sozialistische Gesellschaft oder Sozialismus bezeichnet wird, schreibt er: »Womit wir es hier zu tun haben, ist eine kommunistische Gesellschaft, nicht wie sie sich auf ihrer eigenen Grundlage *entwickelt* hat, sondern umgekehrt, wie sie eben aus der kapitalistischen Gesellschaft *hervorgeht*, also in jeder Beziehung, ökonomisch, sittlich, geistig, noch behaftet ist mit den Muttermalen der alten Gesellschaft, aus deren Schoß sie herkommt. ... Die individuelle Arbeitszeit des einzelnen Produzenten ist der von ihm gelieferte Teil des gesellschaftlichen Arbeitstags, sein Anteil daran. Er erhält von der Gesellschaft einen Schein, daß er soundso viel Arbeit geliefert (nach Abzug seiner Arbeit für die gemeinschaftlichen Fonds), und zieht mit diesem Schein aus dem gesellschaftlichen Vorrat von Konsumtionsmitteln soviel heraus, als gleich viel Arbeit kostet. ... Es herrscht hier offenbar dasselbe Prinzip, das den Warenaustausch regelt ... Der eine ist aber physisch oder geistig dem andern überlegen, liefert also in derselben Zeit mehr Arbeit oder kann während mehr Zeit arbeiten; und die Arbeit, um als Maß zu dienen, muß der Ausdehnung oder der Intensität nach bestimmt werden, sonst hörte sie auf, Maßstab zu sein.«¹⁷

17 Karl Marx: Kritik des Gothaer Programms, in: MEW Bd. 19, S. 20 f.

Marx legt nicht dar, wie dieser Vorgang ohne das Vorhandensein eines funktionierenden Marktes praktisch verwirklicht werden kann. Offenbar ist aber die Lösung dieses Problems eine generelle Voraussetzung für die Gestaltung der Ökonomie einer sozialistischen Gesellschaft im Wortverstand von Marx und auch des neuen historischen Projektes von Peters und Dieterich. Die Formulierung »... der Ausdehnung *oder* der Intensität nach ...« lässt Fragen offen. Offensichtlich muss es heißen »der Ausdehnung *und* der Intensität nach«, weil sonst das ökonomische Grundprinzip »Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung« nicht realisierbar ist. Marx formulierte seine Gedanken zu einem Zeitpunkt, da die Schaffung einer sozialistischen Gesellschaft noch weit in der Ferne lag. Dieses Problem der Erfassung der unterschiedlichen Intensität der Arbeit erhält aber zudem ständig wachsendes Gewicht, weil der Anteil der wissenschaftlich-technischen, d. h. der höher qualifizierten Arbeit, fortlaufend zunimmt und die Berücksichtigung dieses Umstandes für die materielle Interessiertheit der Produzenten grundlegende Bedeutung besitzt. In diesem Punkt muss Marx offensichtlich weitergedacht werden.

Peters und Dieterich halten, wie dargelegt, dieses Grundproblem bei Nutzung der modernen Rechentechnik und moderner mathematischer Verfahren ohne Inanspruchnahme der blinden Gesetze des Marktes für lösbar. Die Erfahrung lehrt, dass allgemeine gedankliche Vorstellungen auf dem Gebiete der Ökonomie nur erste Schritte für die Erfassung und Beherrschung der vielfältigen realökonomischen Vorgänge darstellen und allzu leicht bereits für die volle Lösung gehalten werden. Aber gerade daran kann das ganze Projekt scheitern.

Eine entscheidende Rolle wird von Dieterich dabei der Peters-Rose, einer Grafik zur Erfassung der in Produkten und Leistungen enthaltenen Arbeit, zugemessen. Wegen der zentralen Bedeutung dieser Frage für die Verwirklichung der Konzeption von Peters/Dieterich soll auf die Entstehung und die Möglichkeiten der Peters-Rose detaillierter eingegangen werden.

Die Peters-Rose

Dieterich schreibt: »Kurz vor seinem Tod (2003) hat Arno Peters in bedeutender Weise das didaktische Problem des Verständnisses des Wertkalküls vorangebracht. Neben den ursprünglich von Wassily Leontieff entwickelten Input-Output-Matrizen, die es gestatten, komplexe wechselseitige Abhängigkeiten und Verflechtungen quantitativ zu kalkulieren ... gelang es dem Wissenschaftler im Januar 2002 eine Matrix zu entwickeln, die die Berechnung des Wertes eines beliebigen Produktes erlaubt. Dieses Paradigma, das Peters selbst als »Peters-Rose« bezeichnete, verdeutlicht die für die Wertberechnungen der Äquivalenzökonomie notwendigen Einsatzfaktoren der Produktion, die den Gesamtwert des Produktes ergeben. Die Matrix von Peters (Peterssche Rose) ist eine deutlich didaktischere Form, das theoretische Problem der Berechnung des objektiven Wertes darzustellen, als die Input-Output-Tabellen (IOT) von Wassily Leontieff. ... Die Matrix erlaubt es, anschaulich alle Produktionsverfahren auf zwei zurückzuführen, in Übereinstimmung mit der klassischen Ökonomie und ihrem Postulat, dass ausschließlich die Arbeit in lebendiger und verdinglichter Form Wert schafft bzw. transferieren kann. ... Die Peters-Rose zeigt auf, dass der Präzisionsgrad, mit dem jeder einzelne Produktionsfaktor als Zeit bestimmt werden kann, davon abhängt, ob es sich um lebendige oder verdinglichte Arbeit handelt.«

Damit werden von Dieterich Lösungen postuliert, die mit der Peters-Rose nicht erreichbar sind. Das ist einmal die Transformation der einzelnen konkreten Arbeiten auf das Einheitsmaß abstrakte Arbeit, und das ist zum anderen die Approximation (Näherungsschätzungen) der vergegenständlichten Arbeit, die als Produktionsverbrauch in das neue Produkt eingeht. Außerdem muss die Frage weiter geprüft werden, ob die ungeheure Vielzahl ökonomisch gesellschaftlicher Prozesse, die sich im Gegensatz zu den naturwissenschaftlichen Gesetzen nur als eine Tangente aus dem Wirken millionenfacher unabhängiger Willen und Verhaltensweisen äußern, computerisiert brauchbar erfassen lassen.

Eine grundlegende Fehlorientierung besteht offensichtlich in der Auffassung, dass in der auf dem Äquivalenzprinzip beruhenden Ge-

sellschaft dem Arbeitnehmer der volle oder unverkürzte Arbeitsertrag auszuzahlen sei und man ihm als Ausdruck höchster Produzentendemokratie selbst entscheiden lassen solle, auf welche Teile davon er für gesamtgesellschaftliche Aufgaben verzichtet. Mit dieser utopischen Lassallschen Idee hat sich Marx in der Kritik des Gothaer Programms prinzipiell auseinander gesetzt und nachgewiesen, dass vom gesellschaftlichen Arbeitsertrag in einer entwickelten Gesellschaft »Abzüge vom unverkürzten Arbeitsertrag« eine ökonomische Notwendigkeit sind; z. B. zum Ersatz der verbrauchten Produktionsmittel, für die Ausdehnung der Produktion, für Reserve- und Assekuranzfonds, für Bildung, Gesundheitswesen, Fonds für Arbeitsunfähige.

Für das Verständnis dieser Probleme erscheint es nützlich, kurz auf die Entstehungsgeschichte der Peters-Rose einzugehen.

In einem Brief vom 2. März 2002 schrieb Peters an den Autor dieses Beitrags¹⁸: »Deshalb sende ich Ihnen anbei die heute fertig gestellte Version V meiner ›Rose«, von der ich hoffe, dass sie helfen kann, die Arbeitszeit aller einzelnen Produkte zu errechnen ... um dann die zweite Phase, eben die Errechnung des Wertes (= der Arbeitszeit) zu beginnen. Meiner Rose liegt ein binäres System zugrunde, der erste Ring um den Mittelkreis (›Produkt‹) teilt die in diesem Produkt (etwa einer Tasse) enthaltene Gesamtarbeitszeit, die für das Produkt notwendig war, in lebendige und verdinglichte Arbeit. An dieser Zweiteilung des ersten Ringes möchte ich gerne festhalten (bin aber auch da noch offen – nur zeigt die Rose sogleich beim ersten Blick, dass es nur um die im Produkt enthaltene Arbeit geht – was ich gut finde.) Bei den weiteren drei Ringen finden Sie immer eine Zweiteilung, die zum Schluss 16 Kategorien bringt; und in jedem, dem Produkt näheren, doppelt so breiten Segment ist immer die Summe der beiden weiter außen stehenden Segmente enthalten.

Diese und andere Fragen wurden während eines zweitägigen intensiven Meinungsaustausches in Bremen eingehend erörtert. Im Verlaufe dieser Diskussion entstand eine weitere Version der Peters-Rose als Manuskript.

Das Problem besteht darin: Die Ausfüllung und Modellierung der Peters-Rose zunächst für ein Produkt – wie es die Rose vorsieht – setzt voraus, dass alle Segmente, die in den Wert dieses Produktes eingehen, ebenfalls ausgedrückt in Arbeitsstunden, vorliegen müssen. Das wird im Allgemeinen eine beträchtliche Zahl anderer Produkte und Leistungen sein, die vorher in Arbeitsstunden erfasst sein müssen. Es entsteht ein Problem der Gleichzeitigkeit und das Problem, dass es keinen einfachen Anfang geben kann. Ob dies mit Hilfe der modernsten Rechentechnik möglich ist, muss weiter untersucht werden. Es ist zu berücksichtigen, dass bereits bei einer Glühbirne mehrere Dutzend solcher bereits transformierter Inputs erfasst werden müssen, darunter auch solche schwer abgrenzbare Leistungen wie anteilige Kosten für wissenschaftlich-technische Leistungen, Grundstücks- und Gebäudekosten, Arbeitsorganisation, Ausbildungskosten u. a. Das heißt bei jedem einzelnen Input für die Glühbirne müssten vorher deren Inputs erfasst werden, wodurch sich eine sich ständig erweiternde Kette über mehrere Etagen ergibt.

Das bedeutet, dass auch mit der Peters-Rose das Problem der Transformation der einzelnen konkreten Arbeiten auf das Einheits-

18 Der Brief vom 2. 3. 2002 befindet sich im Privatarchiv des Autors.

maß abstrakte Arbeit nicht gelöst ist. Damit fehlt ein entscheidender Baustein für die Verwirklichung einer Äquivalenzökonomie, aber auch für jedes andere alternative Konzept, das dem Prinzip folgt: Jedem nach seiner Leistung.

Alternative Überlegungen

Angesichts dieser Sachlage ergibt sich die Schlussfolgerung, in dieser ersten Phase einer grundlegend alternativen Gesellschaft den in der sechstausendjährigen Geschichte der Warenwirtschaft ausgebildeten marktwirtschaftlichen Regulationsmechanismus neben der makroökonomischen Planung als ein Hauptsteuerungsinstrument der wirtschaftlichen Entwicklung zu nutzen. Es drängt sich die Schlussfolgerung auf, dass die Nutzung des Wertgesetzes in der nächsten überschaubaren Zukunft für den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft – zumindest so lange das Prinzip gilt ... jedem nach seiner Leistung – ein objektives Erfordernis der Entwicklung moderner Produktivkräfte ist. Offensichtlich kann es in seiner Grundstruktur in diesem Zeitraum durch nichts anderes ersetzt werden. Die Logik dieses Gedankens führt allerdings auch zu weiteren Schlussfolgerungen, die umstritten aber notwendig sind. Wenn anerkannt wird, dass die Gesetze der Warenwirtschaft und das Wertgesetz objektive Gesetze der sozialistischen Gesellschaftsformation sind, dann setzt das die Existenz eines Marktes voraus. Das erfordert aber zugleich die Anerkennung der Wirkung von Angebot und Nachfrage sowie der Konkurrenz bzw. des Wettbewerbs zwischen ökonomisch und rechtlich selbständigen Akteuren im Rahmen demokratisch bestimmter und gesellschaftlich zu gewährleistender Ordnungsprinzipien.

Das ist keine Abwendung von Marx, sondern das Weiterdenken seiner fundamentalen Ideen unter Berücksichtigung der seither in einhundertfünfzig Jahren gesammelten Erfahrungen. Offensichtlich sind neue Überlegungen erforderlich, die auch die Überprüfung bisher gültiger Grundsätze und nicht mehr die Realität entsprechender Dogmen erforderlich machen.

Was spricht gegen eine solche Schlussfolgerung? Es kann eingewandt werden, dass der gegenwärtig bestehende und sich noch verstärkende neoliberale mainstream und die bestehenden gesellschaftlichen Macht- und Manipulierungsverhältnisse eine solche Entwicklung nicht zulassen. Die Vertreter dieser Auffassung müssen sich fragen lassen, auf welchem anderem Weg die bestehende Ordnung geändert werden soll; wenn nicht durch die Gewinnung parlamentarischer Mehrheiten, dann bleibt nur der gewaltsame Umsturz der bestehenden Ordnung. Wo aber sind die dafür erforderlichen gesellschaftlichen Kräfte? Bedeutet das nicht, die Veränderung der bestehenden Verhältnisse auf eine ferne Zukunft zu verschieben, unter dem Motto, es geht den Menschen noch nicht schlecht genug? Das Argument, dass solche Mehrheiten nicht denkbar seien, wird bereits heute durch die aktuelle Entwicklung z. B. angesichts der Ereignisse auf dem südamerikanischen Kontinent oder die Ablehnung des Entwurfs einer europäischen Verfassung in Frankreich und Holland zunehmend widerlegt. Selbst die Bundestagswahl 2005 hat sichtbar gemacht, dass auf demokratischem Wege politische und ökonomische

Kurskorrekturen kleineren und auch größeren Ausmaßes erzwingbar sind. Das demokratische Potenzial innerhalb der SPD, der Linkspartei sowie der Grünen wäre bereits gegenwärtig, wenn ihre Bündelung gelänge, ausreichend, um solche Rahmenbedingungen schrittweise zu schaffen. Auch im bürgerlichen Lager finden sich Kräfte, die für eine solche Entwicklung gewonnen werden könnten. Auch die Installierung eines mehr oder weniger sozialstaatlichen Konzepts in der alten BRD nach dem Zweiten Weltkrieg kann als Beispiel hierfür angeführt werden.

Was spricht für eine solche Schlussfolgerung?

Es ist nach dem Scheitern des ersten Versuchs zur Schaffung einer alternativen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung gegenwärtig außer dem demokratisch kontrollierten marktwirtschaftlichen Regulationsmechanismus kein Konzept sichtbar, das im Rahmen zumindest einer längeren Übergangsphase brauchbare ökonomische Steuerungsinstrumente beinhaltet.

China, Vietnam und in bestimmtem Maße Kuba, die vor der Frage standen, Schlussfolgerungen aus der bisherigen Entwicklung sozialistischer Alternativen zu ziehen, haben sich für die Nutzung der marktwirtschaftlichen Regulationsinstrumente in mehr oder weniger großem Ausmaß entschieden. In China ist der Begriff »sozialistische Marktwirtschaft« in das Parteiprogramm und die Verfassung aufgenommen und Privateigentum an Produktionsmitteln in breitem Rahmen bei zentraler makroökonomischer Steuerung zugelassen worden. Von verschiedenen Seiten wird diese Entwicklung als Verrat am Marxismus eingeschätzt und heftig kritisiert; darunter von Leuten aus Europa einschließlich solcher aus dem Gebiet der früheren UdSSR, die keinen Ausweg aus der Krise des sowjetisch geprägten Gesellschafts- und Wirtschaftsmodells gefunden haben. Auch Dietrich schreibt: »Die durch Deng Xiao Peng angestoßene »Installation eines marktwirtschaftlichen bestimmten Modernisierungsweges« ließe »China unweigerlich im Kapitalismus des XXI. Jahrhunderts enden«. Es erhebt sich die Frage, ob eine solche Einschätzung nicht Ausdruck einer sehr vereinfachten, undifferenzierten Betrachtungsweise und Ausdruck von unzulässiger Überheblichkeit ist. China hat im Verfolg dieses Weges eine fast unglaubliche ökonomische und technische Entwicklung verwirklicht. China ist heute einer der Hauptgläubiger der USA und einer der Hauptfaktoren der währungspolitischen und ökonomischen Stabilität im südostasiatisch-pazifischen Raum. Dabei dürfen selbstverständlich die damit verbundenen großen Probleme der sozialen und regionalen Entwicklung nicht unterschätzt werden. Dem wird gegenwärtig durch makroökonomische Steuerung bei Nutzung des marktwirtschaftlichen Regulationsmechanismus entgegen gewirkt. Unbestritten ist, dass dieser Weg eine Gratwanderung darstellt, deren Ausgang ungewiss ist.

In Vietnam vollzieht sich gegenwärtig eine ähnliche Entwicklung. Vietnam wird deshalb auch als einer der südost-asiatischen Tigerstaaten bezeichnet. Offenbar handelt es sich sowohl bei China als auch bei Vietnam unter Berücksichtigung der Erfahrungen aus dem Scheitern der realsozialistischen Variante in Europa um den Versuch, Wege zur Herausbildung einer postkapitalistischen Gesellschaft zu

finden, die den Bedingungen der Existenz eines mächtigen kapitalistisch-imperialistischen Weltsystems und dessen offenem und verstecktem Druck Rechnung trägt und die den unvermeidlichen ökonomischen und politischen Auseinandersetzungen gewachsen sind.

Sind gegenwärtig in diesen Staaten realistischerweise andere Modelle für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung hin zur Schaffung einer alternativen postkapitalistischen Entwicklung vorstellbar?

Die Konzeption der Nutzung des marktwirtschaftlichen Regulationsmechanismus für den Aufbau einer alternativen Gesellschaft geht von der marxistischen Analyse der kapitalistischen Gesellschaft aus. Er steht in Übereinstimmung mit dem von Marx besonders in der Kritik des Gothaer Programms entwickelten Grundgedanken zur Schaffung einer alternativen, sozialistischen Gesellschaft, der das Prinzip zugrunde liegt »Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung«. Marx und Engels sprechen mehrfach von der Notwendigkeit einer ersten Phase der kommunistischen Gesellschaft als einer Übergangsgesellschaft. aber allein die Tatsache, dass sie zwei verschiedene ökonomische Grundprinzipien für diese unterschiedlichen Phasen der kommunistischen Gesellschaft formulierten, macht deutlich, dass auch die erste, die sozialistische Phase, nicht als ein kurzfristiger Zeitabschnitt, sondern für längere Zeit als eine eigenständige, stabile Gesellschaftsformation eingeschätzt wurde.

Diese Konzeption ist auch mit folgenden Aspekten verbunden, deren Rolle nicht unterschätzt werden sollte. Bei einem solchen Weg muss nicht die Frage einer abrupten, grundlegenden Veränderung der ökonomischen Beziehungen, der Steuerungsinstrumente und der in Jahrhunderten gewachsenen Alltagskultur gestellt werden. Die gesellschaftliche Entwicklung könnte sich in einem Umfeld vollziehen, das den Menschen vertraut ist; dadurch könnten auch die Ängste einer Bevölkerungsmehrheit in den entwickelten Ländern abgebaut und ihre Gewinnung für eine demokratische Veränderung des Bestehenden in Richtung einer solidarischen, ökologisch fundierten Gesellschaftsentwicklung wesentlich erleichtert werden. Es spricht viel für die ebenso zielgerichtete wie sensible Fortführung des in Jahrhunderten Gewachsenen.